Nr. 48 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 28. Februar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Großkampf in Deutschland

Die Wahlschlacht auf dem Höhepunkt — Die Opposition im Angriff — Die Massen marschieren auf

Berlin. Nachdem schon die vergangene Woche eine große Anzahl von Wahlreden gebracht hatte, ist der Wahlkampf am Sonntag auf seinem Höhepunkt angelangt. In allen größeren Städten Deutschlands fanden Wahlversammlungen und Kundgebungen statt, auf denen die Führer der verschiedenen Parteien vor Zehntausenden von Menschen sprachen. Von den Mitgliedern der Regierung sprach Vizekanzler von Papen auf einer großen Kundgebung der Kampffront Schwarz-weiß-rot in Bremen. Reichsminister Dr. Hugenberg war infolge Unpäßlichkeit verhindert, auf der Kundgebung der Kampffront Schwarz-weiß-rot in der Kasseler Stadthalle persönlich zu erscheinen. Die Rede wurde deshalb von Berlin aus telephonisch über Lautsprecher nach dem Versammlungsort übertragen. Die Stadt Erfurt stand im Zeichen eines großen SA-Aufmarsches und einer Rede des Reichsministers Göring.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sollmann erklärte in Dortmund u. a., eine nationale Bewegung, die die Freiheit nach außen wolle, müsse die große gemeinsame Front schaffen. Man müsse es sich verbitten, **eine Partei, die 500 000 ihrer Besten auf dem Felde der Ehre gelassen habe, als Landesverräter zu bezeichnen.**

Reichstagsvizepräsident Löbe beschäftigte sich in Dresden mit den früheren Versprechungen der Nationalsozialisten und der bisherigen Arbeit des Kabinetts Hitler. Toni Sender erklärte auf derselben Versammlung in den **„vier Wochen Drittes Reich" sei nichts von den früheren Versprechungen erfüllt worden.**

Für die Deutsche Staatspartei sprachen in Berlin Reichsfinanzminister a. D. Dietrich und der preußische Staatsminister a. D. Schreiber. Dietrich erklärte u. a., es sei falsch, für alle Schwierigkeiten und Nöte die 14jährige Regierung der sogenannten Marxisten verantwortlich zu machen. Dr. Schreiber betonte, es gehe um die Verteidigung der Selbstbestimmung des Volkes und seiner Jahrhundertealten Grundrechte.

Höltermann in München

München. In einer Kundmachung der Eisernen Front in München hielt der Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, im Zirkus Krone eine Rede. Wir schießen nicht in die Fenster, so erklärte er und wir zünden auch keine Häuser an. Aber wir sind nicht gesonnen, **uns das alles gefallen zu lassen, was jetzt geschieht.** Wir fürchten uns nicht vor dem Vernichtungskampf, den man jetzt überall in Deutschland **gegen die Arbeiterschaft predigt.** Wir kriechen nicht in die Mauselöcher. Hitler protestiere jetzt gegen die sogenannte Mainlinie. Aber er ist es selbst, der diese Mainlinie aufgerissen hat. Niemand weiß besser als wir, daß es eine Beleidigung ist, an der Reichstreue der bayrischen Bevölkerung zu zweifeln. Aber ein Blick in die Geschichte Deutschlands lehrt: Wenn immer die innere Freiheit in Deutschland bedroht war, dann ist auch ein Stück der deutschen Einheit verloren gegangen. Daher muß, wer Einheit ruft, auch Freiheit rufen. Höltermann fragte dann, **will der Reichswehrminister auf die Wehrkraft der deutschen Arbeiter verzichten, glaubt er, daß die deutsche Nation ohne die deutsche Arbeiterschaft erhalten wird?** Er muß sich klar darüber sein: Wer die deutsche Arbeiterschaft von der Nation spaltet, der spaltet die Wehrmacht von der Wehrkraft des deutschen Volkes.

*

Berlin. Im Rahmen der 4. Jahreshauptversammlung der Stahlhelmselbsthilfe in Berlin sprach Reichsarbeitsminister Seldte über die Aufgaben der nationalen Regierung. Ueber die Ziele der Stahlhelmselbsthilfe wurde erklärt, daß ein Antrag beschlossen worden sei, der die Staatsaufsicht über die Gewerkschaften verlangt. — Reichsarbeitsminister Seldte hielt sodann am Sonntag abend in Dessau einen Generalappell des Stahlhelm ab.

Amerikas Note an den Völkerbund

Einverständnis im Vorgehen gegen Japan — Die japanische Antwort

Genf. Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch eine Note übermittelt, **in der er betont, die Ziele der amerikanischen Regierung stimmten weitgehend mit denen des Völkerbundes überein.** Das gemeinsame Ziel sei die **Aufrechterhaltung des Friedens** und die Regelung internationaler Streitfälle durch friedliche Mittel. Der Völkerbund sei zu bestimmten **Schlußfolgerungen gelangt,** die von der amerikanischen Regierung im allgemeinen geteilt würden. Die amerikanische Regierung erkläre die allgemeine Annahme der Grundsätze und Empfehlungen des Völkerbundes für den Streitfall, soweit sie nach den geltenden Verträgen beteiligt sei. Sie habe die feste Hoffnung, **daß die beiden im Streit stehenden Nationen es im Lichte der öffentlichen Weltmeinung für möglich ansehen werden, ihre Politik den Notwendigkeiten und den Wünschen der Völkerfamilie dahingehend anzupassen, daß die internationalen Schwierigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel geregelt werden.** Die Note Stimsons wird in internationalen Kreisen als eindeutige Stellungnahme gegen Japan bewertet. Man nimmt nunmehr an, daß die amerikanische Regierung die Einladung zur Teilnahme des von der Vollversammlung eingesetzten beratenden Ausschusses annehmen wird.

*

Genf. Die japanische Regierung hat sämtlichen Völkerbundsmächten eine Note übermittelt, **die in auffallend scharfem Ton gehalten ist.** Die japanische Regierung stellt fest, daß das Vorgehen der japanischen Armee seit dem Zwischenfall vom 18. September 1931 niemals die Grenzen der berechtigten nationalen Verteidigung überschritten habe und daß der mandschurische Staat ausschließlich aus dem spontanen Willen des mandschurischen Volkes hervorgegangen sei. **Daher sei weder der Vormarsch der japanischen Truppen in der Mandschurei, noch das Protokoll zwischen Japan und dem Mandschukuo-Staat ein Bruch irgend eines internationalen Abkommens. Angesichts der völlig unnormalen Lage in China** sei es völlig ausgeschlossen, allgemeine internationale Formeln auf diesen Konflikt anzuwenden. Bedauerlicherweise habe sich die Völkerbundsversammlung auf die Formulierung akademischer und unzulänglicher Grundsätze beschränkt. **Der mandschurische Staat bilde das einzige Bollwerk gegen die wachsende kommunistische Gefahr im Fernen Osten.** Der Völkerbund sollte, anstatt sich auf akademische Doktrinen zu stützen, vielmehr die wahren Kräfte zur Sicherung des Friedens in diesen Gebieten der Welt achten. Das Protokoll zwischen Japan und Mandschukuo vom 15. Februar 1932 entspreche den im Völkerbundspakt vorgesehenen regionalen Ententen.



Rücktritt des japanischen Untergeneralsekretärs des Völkerbundes

Sugimura, japanischer Untergeneralsekretär und Leiter der politischen Abteilung des Völkerbundes, hat im Hinblick auf den japanischen Konflikt mit dem Völkerbund sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Und dann — der Bolschewismus!

Worauf wartet ihr noch, hört man oft in radikalen Kreisen fragen, ohne sich selbst die Antwort geben zu können und schließlich nach endloser Diskussion zu dem Ergebnis zu kommen, daß sich die Arbeitslosen und die immer mehr zum Lumpenproletariat herabgewürdigten Arbeiter diesen Zustand nicht mehr lange werden gefallen lassen. Damit tröstet sich der Spießer und forscht eifrig in seiner liebgewordenen Presse, wann wieder irgend eine internationale Konferenz tagen wird, die nun endlich mit der Behebung der Weltwirtschaftskrise beginnt. So verflossen schon fünf Jahre und die Krise nimmt immer schärfere Formen an, der angekündigte „Silberstreifen" am Horizont des Wirtschaftsaufstiegs will indessen nicht in Erscheinung treten und nun ist die letzte Hoffnung auf den Kurswechsel in Amerika gesetzt, wo durch Amtsantritt Roosevelts das Wirtschaftsende eintreten soll. Das, was uns aus Amerika und von den neuen Herren seiner Regierung bekannt ist, ist sehr bescheiden zu nennen, um in Amerika selbst auch nur das geringste Anzeichen einer Wirtschaftsbesserung zu gewährleisten und im Gegenteil muß dort mit einer Verschärfung der Krise gerechnet werden, die sich in ungeheuren Bankkrachs, in Massenstillegungen von Industriewerken und in einem Anwachsen der Arbeitslosenziffer auf 16 Millionen geltend macht, wovon allein nach neueren Angaben etwa einundeinehalbe Million sich dem Vagabundentum hingeben, also stets auf der Landstraße ihren „Lebensunterhalt" suchen. Das alles im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, wo man ein neues „Weltverbesserungsmittel", die Technokratie „erfunden" hat, um den Ingenieuren die „Seligmachung" der Menschheit zu übertragen.

In Deutschland hat man wenigstens für die herrschende Not einen Schuldigen gefunden, das ist der „Marxismus", mit dem die nationale Front ihre Wahlkost bestreitet, aber in Amerika hat es nie einen „Marxismus" gegeben und dennoch geht es im kapitalistischen Musterlande immer mehr abwärts und dort hat man das Schreckmittel, den „Bolschewismus", der kommen muß, wenn es den korrumpierten „Demokraten" und „Republikanern" nicht gelingen wird, unter Roosevelts Leitung einen Ausweg zu finden. Man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß dieser Ausweg nicht gefunden wird, daß man aber sehr wohl zum Mittel der „Technokraie" zurückgreifen wird und das ist die Kollektivwirtschaft oder Planwirtschaft, wie immer man sie auch bezeichnen mag und Hand in Hand mit der Anwendung dieser Wirtschafts- und Produktionsverteilungsformen wird man den Bolschewismus in anderer Form einführen, genau so wie in den Reihen der katholischen Politiker, man heute das Versagen des Kapitalismus immer mehr in den Vordergrund schiebt, nachdem es eine der vornehmsten Lehren aller Christenheit war, den Harmoniedusel von der Verträglichkeit des Kapitals mit der Arbeit, der Versuch, dem Untertanen in Güte ein Auskommen zu sichern. Diese Methode hat versagt und je heftiger man sich in Deutschland gegen den Marxismus wehrt, um so mehr ahmt man „bolschewistische" Methoden nach, indem man einen Vierjahresplan propagiert, um die Wiederaufbauarbeit in Deutschland in Ruhe zu vollziehen. Auch hier wird dem unpolitischen Spießer der Nationalismus in Hochkultur vorgelegt und die „nationale Konzentration" gepriesen, die ihn vor dem Bolschewismus schützen soll.

Die bürgerlichen Staatsmänner und Politiker verstehen nicht, das Zeitbild zu deuten, sie wollen nicht begreifen, daß es ihre Gedankenwelt ist, die da zusammenbricht, denn dort, wo der marxistische Aufbau begonnen hat, in Rußland, hat er ein gewaltiges Werk geschaffen und vielen kapitalistischen Ländern erst die Produktionsmöglichkeit gesichert. Man braucht mit dem „sozialistischen Aufbau" in Sowjetrußland nicht zufrieden zu sein, was die Menschenbehandlung anbetrifft, so wird man doch nicht bestreiten können, daß es vorwärts geht und noch Jahre hindurch aufwärts gehen wird, und daß es gerade dieses Moment ist, was die bürgerlichen Wirtschaftsführer mehr und mehr reizt, diesen Sowjetstaat irgendwie zu unterbinden, damit das „System" nicht anderswo auf fruchtbaren Boden fällt. Nicht der Marxismus bereitet den Boden des Bolschewismus vor, sondern die verfallende bürgerliche Welt, die aus ihrer „prachtvollen" Wirtschaftsführung nicht heraus kann. In Amerika hindern keine Sozialisten und keine Sozialabgaben die Wirtschaftsführer und sie können doch nicht vorwärts. In Italien haben die bürgerlichen Spießer das Ideal des Faschismus und doch ächzen Arbeitgeber und Arbeiter unter diesem

System des korporativen Staates, der sich immer mehr dem Verfall nähert und nur durch Mussolinis Kriegsgeschrei zusammengehalten wird.

Auf dem ganzen Balkan haben die Marxisten keinen Einfluß, ist die sozialistische Bewegung ohne Bedeutung, die Militärkamarilla regiert in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, der Faschismus herrscht in Bulgarien und doch schreitet hier der Bolschewismus als Verfallserscheinung der bürgerlichen Welt mit Riesenschritten vorwärts. In Belgien regieren reine Christen und die revolutionäre Welle steigt, in England kommandiert die „nationale Regierung" und doch will man noch zehn Jahre Zeit, um die Arbeitslosenkrise zu beheben, in Frankreich ruft man nach der starken Rechten, nachdem sie der Linken leere Kassen hinterlassen hat, und in Holland stolperte die liberal-katholische Koalition über die Krise, die man nicht mehr zu beheben wagt, auch in der Schweiz sucht das liberal-klerikale Bürgertum durch das Gespenst des Bolschewismus die Bevölkerung zu schrecken, weil sie der Wirtschaftskrise nicht Herr werden kann. Und überall stehen keine Marxisten am Ruder, sondern es sind die bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsführer, die dem Bankerott der heutigen Gesellschaftsordnung zutreiben. Schöne Reden begleiten die verschiedensten Konferenzen, aber nach jeder Konferenz steigt die Arbeitslosenziffer und das einzige Ergebnis ihrer Anstrengungen, das ist das Aufbauschen der Militärbudgets, denn nie wird schärfer gerüstet, als in dem Moment, wo man Abrüstungsphrasen im Munde führt. Während man von Verständigungspolitik als Ausgleich unter den Völkern predigt, werden „Sicherheitspakte und Abkommen" geschaffen und im Augenblick, wo sie wirksam sein sollen, wird der Nachbar überfallen und ihm Gebiete geraubt, als dann der Mitunterzeichner zur Ordnung gerufen wird, verläßt er einfach den Völkerbund, diese Quatschbude der spießbürgerlichen Diplomatie und führt den Krieg auf eigene Faust ohne um die Entscheidungen des „Hohen Völkerrates" viel zu kümmern. Und so etwas geschieht ohne Marxismus, der nach deutscher Hitlerart, der allein Schuldige an den Gebrechen der Welt ist.

Mögen nun die bürgerlichen Staatsmänner, Politiker und Diplomaten noch soviel internationale Konferenzen zusammenrufen, sie werden der Wirtschaftskrise und all ihrer Erscheinungen, nie Herr, wenn sie nicht vom kapitalistischen System abrücken, das allein die Schuld an den ganzen heutigen Zuständen trägt. Und je schärfer sie den Bolschewismus als Schreckgespenst malen, um so rascher ist sein Vormarsch, man wird ihn nicht mit Nationalismus und Kriegsgeschrei beseitigen, denn diese Elemente trägt er als Geburtswehen einer neuen Zeit in sich selbst, sie haben ihn in Rußland erst die Lebensexistenz ermöglicht, als das feudale Zeitalter der Zaren und ihrer Kamarilla zusammengebrochen ist. Und die Entwicklung muß zwangsläufig in allen anderen Staaten den gleichen Weg gehen, wenn man sich in letzter Stunde nicht besinnt und zur planmäßigen, sozialistischen Wirtschaft übergehen will. Für den Zusammenbruch des Kapitalismus gibt es im Augenblick nur einen einzigen Ausweg, das ist der Krieg, der das letzte Aufraffen des Bürgertums bedeutet, aber sehr fraglich ist, ob ihn die Massen noch mitmachen werden, und daraus ist allerdings nur ein einziges Ziel zu erwarten, eben der Bolschewismus, den zu bekämpfen, man ausgezogen ist. Gewiß, er wird, je nach der Entwicklung der Völker, verschiedene Entwicklungsformen annehmen, aber diese Zeit geht mit einer neuen schwanger und das ist es, was die Spießer nicht begreifen wollen. Japan hat durch den fernöstlichen Krieg diese Bewegung ins Rollen gebracht, es wird, nach Rußland, das nächste Opfer sein und wehe den Staaten, die heute das Kriegsexperiment als einzige nationale Rettung ansehen und sei es nur als eine sogenannte Abwehr. Diese kapitalistische Welt trägt die Todeskeime in sich, die nur beseitigt werden können, wenn man rechtzeitig zu sozialistischen Forderungen der allmählichen Umwandlung der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung übergehen wird. Versäumt diesen Zeitpunkt die politische Macht in Europa, so allerdings kommt der Bürgerschreck, der Bolschewismus, der in seiner Art den Aufbau vornehmen wird, aber nicht durch Schuld seiner Träger, sondern nur durch das Versagen der kapitalistischen Wirtschäftsführung, die das heutige Chaos herbeigeführt hat. —ll.

Die Kämpfe in Dschehol

Mukden. Wie das japanische Oberkommando mitteilt, hat die Vorhut der japanischen Kavallerie am Sonnabend in Richtung Tschaojan-Tschienping einen **Vorstoß unternommen.** Japanische Bombenflugzeuge hätten einen Luftangriff auf Tschienping unternommen. Die chinesischen Flugabwehrbatterien hätten zwei Bombenflugzeuge abgeschossen.

*

Schanghai. Wie die chinesische Presse meldet, hat die chinesische Armee in der Provinz Dschehol die in der vergangenen Woche von den Japanern eroberte Stadt Paipiao zurückerobert.

Neues Erdbeben in Iquique

Santiago de Chile. Die chilenische Hafenstadt Iquique wurde am Sonnabend von einem neuen schweren Erdbeben erschüttert, das von einem plötzlichen Temperaturwechsel begleitet war. Seit Donnerstag wurden in der Stadt dauernd Erdstöße verschiedener Stärke verspürt.



Der neue Amerikabotschafter für Berlin?

Der Chikagoer Finanzmann Dunham wird als aussichtsreichster Kandidat auf den Posten des Botschafters der Vereinigten Staaten in der Reichshauptstadt genannt.



In uraltes Kulturland trägt Japan nun den Krieg

Blick auf den terrassenförmig angelegten Lama-Palast in Putala, Jehol. — Japan hat nun den Vormarsch auf die chinesische Provinz Jehol angereten, die überall herrliche Baudenkmäler aus vergangenen Glanzzeiten der chinesischen Kultur aufweist. Das Vorgehen Japans hat überall Erbitterung ausgelöst und auf der Genfer Völkerbundsversammlung einstimmige Verurteilung gefunden.

Was soll die Weltwirtschaftskonferenz?

Erhaltung des Friedens und Stabilisierung der Währung — Die Hoffnung auf Entgegenkommen

Paris. Der Vollzugsausschuß der Internationalen Handelskammer, der am Freitag zusammentrat und an dem der deutsche Vertreter Frowein und Riedel (Wien) teilnahmen, ernannte den Schweizer Bankier und Präsidenten der Genfer Handelskammer Robert Julliard zum ständigen Vertreter der Internationalen Handelskammer beim Völkerbund.

In einer Unterredung nach der Sitzung des Vollzugsausschusses erklärte Frowein u. a., daß die augenblickliche Lage in manchen Teilen der Welt heute die Aufrechterhaltung des Friedens zur wichtigsten Aufgabe mache. In der Frage der Weltwirtschaftskonferenz teilte Frowein die Ansicht des britischen Ministerpräsidenten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz bald stattfinden werde. Er glaube, daß die Erfahrungen der Not zu sprechen begännen und daß die Staaten, — mehr als man bisweilen annehme — bereit seien, sich entgegenzukommen und, wenn nötig, auch unmittelbare Interessen zu opfern, damit die ersten Schritte zur Wiederherstellung stabiler internationaler Währungsverhältnisse und der Freigabe der Kanäle der internationalen Wirtschaft unternommen werden könnten. Zweifellos werde sich diese Haltung auf der internationalen Konferenz der Wirtschaftsvertreter Ende Mai in Wien widerspiegeln. Aus der vorläufigen Vertreterliste gehe bereits hervor, daß mit einer sehr starken Beteiligung gerechnet werden könne. Eine Reihe von Ländern habe jetzt schon je 50 bis 80 Vertreter angemeldet.

Polnische Organisation zur militärischen Ausbildung der Frau

Warschau. Am Freitag fand in Warschau im Beisein der Frau des Ministerpräsidenten Prystor eine Sitzung des Hauptausschusses der Organisation zur militärischen Vorbildung der Frauen statt. Es wurde u. a. festgestellt, daß dieser kriegerische Frauenbund im ständigen Wachsen begriffen sei und eine ungemein wichtige Arbeit leiste. Außer der Vorbereitung der Frauen für einen Kriegsfall erstreckte sich seine Tätigkeit auch darauf, gegen den Kleinmut zu kämpfen und den Glauben an die Kraft und die Macht Polens zu stärken. Aus einem Bericht der Befehlshaberin des Warschauer Kreises, Podhorska, ging hervor, daß die militärische Organisation der Frauen augenblicklich etwa 20 000 aktive Mitglieder, die sämtlich an den militärischen Uebungen teilnehmen, umfassen. Der Gedanke einer solchen Organisation sei schon unmittelbar nach dem Kriege aufgekommen, habe aber erst 1928 feste Formen angenommen. Die Vereinigung habe ein doppeltes Ziel, einmal eine allgemeine militärische Ausbildung und ferner eine sachgemäße Vorbildung der Frauen für den Kriegsfall. Ueberdies erfülle der militärische Frauenbund noch eine große soziale Aufgabe, in dem die Mitglieder desselben in Pflichtbewußtsein und systematischem Dienst am Staat erzogen würden.

Eine Erklärung Matsuokas vor der Abreise aus Genf

Genf. Der Vertreter Japans, Matsuoka, hat kurz vor seiner Abreise der **internationalen Presse** eine Erklärung übermittelt, in der er feststellt, er habe bisher versucht, einen Konflikt zwischen dem Völkerbund und Japan zu vermeiden und Japan **einweiteres Verbleiben im Völkerbund zu ermöglichen.** Er bedauere die Entscheidung des Völkerbundes nicht für Japan, sondern für den Völkerbund selbst. Die Zeit werde zeigen, daß der Völkerbund hierdurch mehr leiden werde, als Japan.

Die Finanzvorlage in zweiter Lesung angenommen

Paris. Die französische Kammer hat in der Nacht zum Sonntag die Finanzvorlage in zweiter Lesung mit 340 gegen 251 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung bei der Abstimmung über die Kürzung der Militärkredite auf ihre Vertrauensfrage hin mit 387 gegen 207 Stimmen **siegreich geblieben war.**

Sensation um das Karl Liebknecht-Haus

Berlin. Eine von der Berliner Polizei vorgenommene Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses hat sensationelle Ergebnisse gehabt. Es wurden unterirdische Gänge und Katakomben entdeckt, hunderte von Zentnern kommunistischen Propagandamaterials beschlagnahmt und Sicherheitseinrichtungen festgestellt, die es den Kommunisten ermöglichten, von der Polizei gesuchten Personen jederzeit einen Unterschlupf zu gewähren.

Politische Zusammenstöße nach aufgelösten SPD.-Versammlungen

Breslau. Am Sonntag vormittag veranstaltete die Eiserne Front in Breslau zwei Wahlkundgebungen, auf denen Landtagsabgeordneter Kuttner sprach. Die Kundgebungen wurden wegen Angriffen auf die Reichsregierung von der Polizei aufgelöst. Die in losen Gruppen abziehenden Versammlungsteilnehmer stießen später mit einem Propagandazug der SA zusammen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und verhinderte weitere Ausschreitungen.

Das sozialdemokratische „Oberschlesische Volksblatt" verboten

Oppeln. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien teilt mit: „Auf Grund des § 9 Abs. 1 Ziffer 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 — Reichsgesetzblatt 1 Seite 35 ff habe ich die Tageszeitung „Volksblatt" mit sofortiger Wirkung bis zum 1. März 1933 einschließlich verboten".

Das Verbot der in Gleiwitz erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung ist, wie wir erfahren, wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung erfolgt.



Erstes Originalbild von dem Roosevelt-Attentäter

Der Attentäter Giuseppe Zangara nach seiner Einlieferung ins Zuchthaus von Miami (Florida). — Für das auf den Präsidenten Roosevelt verübte Attentat, bei dem Zangara den Oberbürgermeister von Chicago schwer verletzte und eine Frau tötete, wurde er zu einer Zuchthausstrafe von 80 Jahren verurteilt.

Zweitägiger Proteststreik im Bergbau beschlossen

Betriebsrätekongreß aller Gewerkschaftsrichtungen im schlesischen Bergbau — Die Einheitsfront aller Gewerkschaftsrichtungen sichergestellt — Die Sanacjagewerkschaften haben ehrliche Absichten bekundet — Der Ruf der Bergarbeiter nach einem Generalstreik — Die Arbeiter sind verhandlungsmüde — Großes Interesse für die Betriebsrätekonferenz

Es hat lange genug gedauert, bis der seligste Wunsch aller schlesischen Arbeiter, eine

einheitliche proletarische Front

für das Industriegebiet, aller Arbeiter zu schaffen, verwirklicht wurde. Es mußte eine völlige Verarmung der gesamten Arbeiterklasse im Industriegebiet Platz greifen, bevor sich die Gewerkschaftsführer an einen Verhandlungstisch zusammengesetzt haben und über die Schaffung der Einheitsfront beratschlagten. Wahrlich ist es kein Verdienst, der Gewerkschaftsführer,

daß die Einheitsfront zustande kam,

sondern der Arbeiterklasse.

Sie hat die Führer dazu gedrängt,

denn sie war es, die die Kosten der Uneinigkeit bezahlen mußte. Ein Arbeiter hat gestern mit einer Offenheit, wie sie nur aus dem Munde eines Proletariers kommen konnte. gesagt, daß die

Arbeiter auf den Gruben jedesmal solidarisch vorgehen und nicht nach Gesinnung fragen, nur die Führer führen den Kampf miteinander und tragen die Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter hinein.

Das war eine Anklage, wohl ohne Absicht, aber begründet und der Arbeiter hatte Recht. Die Einheitsfront wäre auch jetzt nicht zustande gekommen, wenn die Arbeiter nicht darauf gedrängt hätten.

Man soll aber nicht fragen, ob diese Einheitsfront von Dauer sein wird. Die Risse in dieser Einheitsfront waren gestern auf der Konferenz bereits sichtbar gewesen. Herr Kapuscinski hat wiederholt versichert, daß die

Sanacjagewerkschaften es diesmal ehrlich und aufrichtig

meinen, und daß sie geneigt sind, nicht nur in diesem Kampfe gemeinsam mit allen Gewerkschaftsrichtungen zu marschieren, sondern, auf dem wirtschaftlichen Gebiete für die Dauer eine Verständigung aller Gewerkschaften anzustreben, denn es gilt nicht nur den Anschlag abzuwehren, sondern alles, was die Arbeiter bereits verloren haben, wieder zu erobern. Nur zwei Punkte in der Rede des Herrn Kapuscinski waren unklar und ließen die Befürchtung aufkommen, daß die Sanacjagewerkschaften nur eine kurze Strecke mit den anderen Gewerkschaften zusammen marschieren werden, und zwar soweit, als die Regierung in den Kampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, nicht eingreifen wird. Das wurde im Referat des Herrn Kapuscinski ausdrücklich unterstrichen, indem er sagte, daß die

Regierung auf seiten der Arbeiter

stehe. Ferner hat er die Behauptung aufgestellt,

daß er für die Regierungsentscheidung die volle Verantwortung übernehmen will.

Sejmabgeordneter Stanczyk hat daraufhin sehr treffend geantwortet, daß es ihm viel lieber wäre,

wenn diese Versicherung von der Regierung und nicht von Herrn Kapuscinski kommen würde.

Die Regierung stützt das heutige Wirtschaftssystem und dieses System befindet sich am Ende seiner Litanei. Aus dieser Sackgasse gibt es kein Zurück mehr und die Arbeiter werden erst dann das Vertrauen zu der Regierung gewinnen können,

wenn sie von diesem System scheidet

und ein neues empfiehlt.

Dieser Riß kam noch gelegentlich einer anderen Sache zum Vorschein. Die Arbeiter, durch die Mißhandlung, die ihnen bei der Arbeit zuteil wird, belehrt, sprachen von einer

einzigsten Gewerkschaftsorganisation

und beriefen sich dabei auf die Kapitalisten. Ob Deutsche, Polen, Juden, Hitlerianer oder Sanatoren sitzen alle Kapitalisten in ein und demselben Arbeitgeberverband, haben gemeinsame Kohlenverkaufsstellen gegründet und gehören derselben Kohlenkonvention an.

Warum müssen da die Arbeiter auf 15 Gewerkschaften, selbst solche mit 50 Mitgliedern, zersplittert sein?

Diese Frage hat Herr Grajek beantwortet. Er verteidigte insofern die Zersplitterung, als er sagte, daß die menschlichen Anschauungen und Ideale sehr verschieden sind, und es wird niemals zu einer einheitlichen Gewerkschaft kommen, aber die Zersplitterung würde genügen, wenn eine Gewerkschaftsrichtung auf dem

Marxismus aufgebaut ist und die zweite auf der Ideologie des Christentums.

Das sagt ein alter Gewerkschaftsführer, der doch aus dem Leben lernen sollte, besonders jetzt, wo alles in die Brüche geht und selbst das letzte Stück Brot, das einem geringen Bruchteil der Arbeiter geblieben ist, nicht mehr sicher zu sein scheint.

Die Konferenz war, wie allgemein angenommen wurde sehr stark besucht. Schon eine halbe Stunde vor 10 Uhr war der Saal voll und große Massen von Arbeitern standen im vorderen Lokal bezw. auf der Straße. Sitzgelegenheit konnte nur für einen Teil beschafft werden, denn so viel Stühle waren nicht vorhanden. Alle Betriebsräte konnten nicht in den Saal hinein und viele andere wollte man nicht hereinlassen, weil sie keiner der Organisationen, die die Tagung einberufen haben, angehörten. Beim Eingang entstand jeden Augenblick ein Tumult, und der Vorsitzende mußte mit der Eröffnung der Tagung eine halbe Stunde warten. Zuletzt wurde die

Tür mit Gewalt geschlossen

unter Zurückdrängung vieler Arbeiter, die sich vergeblich bemüht hatten, in den Saal einzudringen.

Verhandlungsbericht

Herr Krol eröffnete die Sitzung und gab folgende Tagesordnung bekannt. 1. Referate der Kollegen Grajek, Stanczyk, Kapuscinski. 2. Diskussion. 3. Resolutionannahme und 4. Freie Aussprache.

Herr Grajek erstattete Bericht über die Unterredung der Arbeitsgemeinschaft mit den Regierungsvertretern. Wir haben den Bericht über diese Konferenzen gebracht, aus dem hervorging, daß der Arbeitsminister Hubicki, sehr erstaunt tat, als ihm mitgeteilt wurde, daß die Kapitalisten die Löhne abbauen wollen. Er hat den Arbeitern zugesagt, daß die Regierung einem Lohnraub nicht zustimmen wird. Herr Arbeitsoberinspektor Klott sprach schon ganz anders und meinte, daß die Lage der Kohlenindustrie sehr schwer sei und daß weitere Opfer erforderlich sein werden. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat Herr Peche, der Direktor für die Schwerindustrie im Handelsministerium, der am Kohlenexport festhält. Herr Klott hat der Delegation gesagt, daß, über die Erweiterung der Kompetenzen für den Demo,

lediglich der Schlesische Sejm

zuständig sei. Die Arbeitergewerkschaften wollen diese Tatsache festhalten und den Sejm ersuchen, sich mit der Erweiterung der Rechte des Demos, **besonders bei der Stillegung von Industriebetrieben,** zu befassen und zu beschließen. Im Handelsministerium wurde der Delegation gesagt, daß die Grubenbesitzer

einen Lohnabbau um 15 Prozent im engeren schlesischen Industriegebiet und 25 Prozent im Rybniker, Plesser Kreis, Dombrowa Gornicza und Chrzanow

durchsetzen wollen, und erst dann werden sie den Kohlenpreis um 20 Prozent auf dem Inlandsmarkte abbauen.

Der Referent teilt weiter mit, daß am vergangenen Sonnabend die Kapitalisten an die Arbeitsgemeinschaft ein Schreiben gerichtet haben, in welchem sie die

Verschiebung der gemeinsamen Lohnkonferenz bis zum 15 März verlangen.

Eine solche Verschiebung muß unter allen Umständen abgelehnt werden, denn es liegt klar auf der Hand, daß die Kapitalisten auf den Gruben eine Bekanntmachung anschlagen werden, **daß ab 1. März die Löhne tatsächlich um 15, bezw. 25 Prozent abgebaut wurden.** Das schwebt ihnen vor. Die Arbeitergewerkschaften werden sich diesmal nicht hintergehen lassen. Am Montag erhalten die Arbeitgeber ein Antwortschreiben auf ihren Brief, in welchem ihnen ein

Ultimatum gestellt wird,

die Verhandlungen spätestens Mittwoch zu beginnen und dann wird ein

2tägiger Proteststreik proklamiert.

Sind die Verhandlungen beendet, dann wird der

allgemeine Streik bis zum vollen Siege ausgerufen.

Die Belegschaften werden gewarnt, keine unüberlegten Schritte zu unternehmen, sondern die Belegschaften zu instruieren und sich strikt an die Weisungen der Gewerkschaften zu halten.

Ein groß angelegtes Referat hielt Genosse **Stanczyk.** Der Redner sprach zuerst über die Wirtschaftskrise als solche und sagte, daß sie keine elementare Gewalt sei, wie die Ueberschwemmung oder Erdbeben, sondern, sie wurde durch die Kapitalisten mit ihrem Produktionssystem verursacht. Sie „kämpfen“ jetzt mit dieser Krise, durch Abbau der elenden Arbeiterlöhne, Stillegung von Betrieben und Arbeiterreduktion. Alles, was sie vornehmen, führt nur zur Vertiefung der Krise und jeder Abbau von Arbeitern, zieht einen neuen Arbeiterabbau nach sich, desgleichen auch der Abbau der Löhne. Eine Ueberproduktion besteht gar nicht, weil die Menschen hungrig und zerlumpt herumlaufen. Die Arbeiterlöhne sind, im Vergleich zu 1928,

um 61 Prozent zurückgegangen und die Produktion um 51 Prozent.

Man will uns weißmachen, daß wir nur 280 000 Arbeitslose haben, aber nach der Statistik sind in der Industrie

960 000 Arbeiter weniger beschäftigt, als 1928.

Immer spricht man von neuen Opfern für die Industrie, aber die Arbeiter haben schon soviel Opfer gebracht, daß nur ein Tor neue Opfer verlangen kann. Die Arbeiterklasse ist hungrig, zerlumpt und moralisch heruntergekommen, und dennoch spricht man von weiteren Opfern. Die Regierung spricht von der Erhaltung des Exports, aber wenn die Arbeiter selbst umsonst arbeiten sollten, wird dann der Export gesteigert? Der Export bildet ein internationales Problem, ist

von Handelsverträgen und Warentausch abhängig

und nicht vom Lohnabbau. Von der Regierung verlangen die Arbeiter klaren Wein. Sie muß uns sagen, ob sie den Lohnabbau will oder nicht. Der Wirtschaftswagen muß aus dem Dreck gezogen werden,

aber durch Abänderung des Wirtschaftssystems und nicht durch Lohnabbau.

Herr Kapuscinski, als dritter Referent, versichert, daß die Sanacjagewerkschaften

aufrichtig die Einheitsfront

wünschen. Er behandelte in längerer Rede den Lohnanschlag, wies ihn als unbegründet zurück und sagte, daß die Regierung auf seiten der Arbeiter stehe.

Er steht dafür ein, daß die Regierung den Lohnabbau nicht zuläßt und garantiert für einen eventuellen Schiedsspruch in der Lohnstreitfrage.

Dann behandelte der Redner die hohen Verwaltungskosten, und die hohen Kohlenpreise, wobei er für den Kohlenexport eintritt, weil sonst 20 000 Arbeiter auf die Straße gelangen würden.

Dieser Kohlenexport hat bewirkt, daß der Staat Buddgetdefizite aufzuweisen hat, daß die Kommunen Pleite sind und die Arbeiter zum Lumpenproletariat degradiert wurden.

Diese Wahrheit hat Herr Kapuscinski übersehen, als auch diese, daß der Staat bei diesem Wirtschaftssystem, samt seinem Zloty, finanziell zusammenbrechen muß. Heute sieht schon selbst der Blinde diese Tatsachen, und im nächsten Jahre wird auch Herr Kapuscinski über die unabwendbare Katastrophe schreiben, so, wie er heute über die hohen Preise für die Industrieartikel in der „Zachodnia“ klagt. Leider kommt bei ihm die Erkenntnis immer einige Jahre zu spät, und das trifft auch auf andere Herren zu, die über diese Dinge mitzubestimmen haben.

Nach diesen Referaten setzte eine

umfangreiche Diskussion

ein, an der 32 Redner teilgenommen haben. Es ist uns nicht möglich, die Reden der Diskutanten wiederzugeben, aber aus ihnen klang eine

fürchterliche Tragödie,

in welcher sich die schlesische Arbeiterschaft befindet. Die schlesischen Arbeiter sind gute Redner, obwohl sie das Polnische nicht gründlich beherrschen. Sie wissen, wo sie der Schuh drückt, und man hörte Ansichten und Anregungen, die wirklich ergreifend waren. Die Arbeiter wollen von dem großen Gerede, wie wir es in den Betriebsrätekonferenzen jedesmal erleben, nichts wissen. Sie wollen keine Konferenzen, die überflüssig sind, sie **wollen den Kampf sehen.** Sie haben den letzten Mißerfolg, als die Löhne vor einem Jahre um 8 Prozent abgebaut wurden,

der Uneinigkeit der Gewerkschaften zugeschrieben

und sie sind von der Wahrheit beileibe nicht weit entfernt. Die Arbeiter wollen radikale Mittel anwenden.

Sie wollen den allgemeinen Streik schon morgen ausrufen.

Etwa vier Fünftel der Redner verlangte die sofortige Streikproklamierung. Alle übrigen waren nicht ganz entschlossen, verlangten aber, daß die Gewerkschaftsführer den Streik tunlichst bald proklamieren sollen. Was da gestern an die Adresse der Kapitalisten alles gesagt wurde, läßt sich hier nicht wiederholen, aber daraus kann man entnehmen,

daß der Bogen überspannt ist.

Herzergreifend waren die Klagen der **Arbeiter von der Friedensgrube.** Sie befinden sich in einem

italienischen Streik

und sie warten vergebens auf Hilfe. Sie sind überall gewesen, beim Demo und bei allen Gewerkschaftsrichtungen, haben aber nirgends etwas ausgerichtet.

Sie appellierten an den Kongreß und bitten die Belegschaften anderer Gruben, sich mit ihnen im Kampfe zu solidarisieren.

Die Lage der Streikenden ist schwer. Die Leute kommen physisch herab, weil sie auf der Erde schlafen und sich schlecht ernähren. Herr Grajek sagte schließlich, sie sollen eine Delegation, morgen um 11 Uhr vormittags schicken und diese Delegation wird, zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft, zum Herrn Wojewoden gehen, um aus der Situation irgend welchen Ausweg zu suchen und zu finden. Die Referenten hatten kein leichtes Spiel, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Die Arbeiter wollten den Streik und zwar einen

Generalstreik

sofort ausrufen. Jeder, der dagegen sprach, wurde verschrieen und als „Feigling“ bezeichnet. Herr Grajek und Genosse Stanczyk beruhigten die Arbeiter, so gut es ging. Besonders Genosse Stanczyk wies darauf hin, daß die Streikproklamierung

alle drei Kohlengebiete umfassen muß,

und die dortigen Gewerkschaftsleiter müssen zuerst die Arbeiter instruieren. Im besten Falle kann der Streik erst am Dienstag ausgerufen werden und nicht früher. Die Arbeiter können auch selbsttätig den Streik in einer Betriebsrätekonferenz nicht proklamieren, sondern das können nur die Belegschaften durch einen Beschluß machen. Deshalb müssen zuerst Belegschaftsversammlungen einberufen werden, und dort muß der Beschluß gefaßt werden. Die Gewerkschaftsführer ersuchten die Arbeiter, ihnen die Führung zu überlassen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht tun. Die Betriebsräte, sollen nur spätestens am Dienstag, die Belegschaften über den Kongreß informieren, und die Proklamierung des Streiks kommt bestimmt von seiten der Gewerkschaften, spätestens am Mittwoch. Die Arbeiter wollen auch von einem Proteststreik nichts wissen, sondern sie **wollen einen Generalstreik haben, der alle drei Kohlengebiete umfassen wird.**

Nach einer sehr aufgeregten Debatte, in der es zum Schluß zu einem

feinen Zusammenstoß zwischen Genossen Stanczyk und Herrn Kapuscinski kam,

wurde nachstehende Resolution beschlossen.

Resolution

„Der gemeinsame Betriebsrätekongreß Oberschlesiens stellt fest, daß die Kündigung des Lohnvertrages im Bergbau, zwecks Herabsetzung der Löhne im Bergbau eine gehässige Provokation der Arbeitermassen sei. Angesichts dieser Provokation beschließt der Kongreß, einen 2tägigen Proteststreik zu proklamieren, der sich gegen den Lohnabbau wenden wird und gleichzeitig die Zurückziehung der Kündigung angestrebt werden wird. Sollten die Kapitalisten, trotz des Proteststreiks, die Kündigung nicht zurückziehen und die gegenwärtigen Verträge für längere Zeit stabilisieren, dann werden die Arbeitergewerkschaften den allgemeinen Streik proklamieren.

Der allgemeine Streik ist bis zum völligen Siege zu führen. Der Betriebsrätekongreß proklamiert einstweilen den 2tägigen Proteststreik und verlangt die Rückziehung der Kündigung. Außerdem verlangt der Kongreß endlich Schluß zu machen mit den Arbeiterreduktionen, mit der Schließung der Bergwerke und verlangt die Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden in der Woche. Gleichzeitig protestiert der Kongreß durch den Proteststreik, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherungen, wie sie durch den Sejm beschlossen wurden und gegen die Absicht, die Arbeitszeit zu verlängern und zwar von 46 auf 48 Stunden in der Woche.

Die Frist für die Proklamierung des Proteststreiks, werden die Arbeitergewerkschaften bestimmen.“

Die Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Diesmal ist es den Gewerkschaften noch gelungen, die Oberhand über die aufgeregte Arbeiterschaft zu behalten. Es hat genug Mühe gekostet, um die Arbeiter von der Zweckmäßigkeit der Annahme der Resolution zu überzeugen. Wie sich die Dinge später entwickeln werden, steht nicht fest, jedenfalls ist es sicher, daß der Bogen überspannt ist und die Folgen werden dann die Anderen zu tragen haben.

Polnisch-Schlesien

Hausbesitzer und Mieter

Das „Zusammenleben“ zwischen Hausbesitzer und Mieter nimmt immer schönere Formen an. Die Mieter haben keine Arbeit und kein Einkommen und können die Miete nicht bezahlen. Sicherlich ist das nicht ihre Schuld, denn es ist niemandem angenehm, wenn er mit der Miete im Rückstande bleibt. Wenn aber kein Geld da ist, so kann man nichts machen. Man zahlt eben nicht und schaut zu, daß man nicht aus der Wohnung herausgeworfen wird. Einstweilen ist das nicht möglich, weil die Verordnung des Staatspräsidenten die Exmittierung bis zum 1. April hindert. Was nach dem 1. April kommen wird, das wird sich erst zeigen, doch sind wir der Meinung, daß auch dann nicht gut möglich sein wird, alle nichtzahlenden Mieter auf die Straße zu setzen.

Der Hausbesitzer betrachtet sein Haus, genauso wie der Bauer seine Kuh. Sie muß ihm Milch geben und das nicht zu knapp. Gibt sie wenig Milch, so führt sie der Bauer auf den Viehmarkt und setzt sie ab. Der Hausbesitzer verkauft auch sein Haus, falls ihm dieses nicht so viel bringt, so viel er zum Leben braucht. Nun kommt jetzt nicht selten vor, daß der Hausbesitzer sein Haus voll Menschen hat, nimmt aber als Miete keinen Groschen ein, weil alle Mieter arbeitslos sind. Die Mieter wohnen in seinem Hause umsonst und es besteht nicht die geringste Hoffnung, daß sie in der nächsten Zukunft die rückständige Miete abtragen werden. Selbst wenn der Arbeiter Arbeit bekommen sollte, so sind die Löhne derart niedrig, daß es ausgeschlossen erscheint, daß davon die rückständige Miete bezahlt werden kann.

So liegen heute die Dinge im Industriegebiet und in allen Großstädten in Polen und man kann sich lebhaft vorstellen, wie sich unter solchen Umständen das Zusammenleben zwischen Mietern und Hausbesitzern gestaltet. Man haßt sich aus vollem Herzen und lebt wie Hund und Katze zusammen. Der Hausbesitzer trachtet, alle nichtzahlenden Mieter hinauszubuchsieren, die Mieter klammern sich wieder an ihre Wohnung. Sehr oft kommt es zu Prügeleien und zur Sabotage. Der Hausbesitzer reißt solchen Mietern die Fenster heraus, sperrt ihnen das Wasser ab, schließt den Keller zu und dergl. Unter dem Vorwand einer Reparatur, verdrängen viele Hausbesitzer die Mieter aus der Wohnung und dann sperren sie die Wohnung ab, wenn die Reparatur durchgeführt wurde.

In einem Vorort in Kielce ist ein Mietshaus abgebrannt. Das Haus gehörte der Frau Marie Ozarowska. Den Brandstifter hat man natürlich nicht gefunden und die Versicherungsgesellschaft hat den Schaden gedeckt. Die brave Marie ging bereits daran, ein neues Haus zu bauen. Alles wäre in der besten Ordnung, wenn die obdachlosen Mieter nicht da wären. Es waren dies lauter Arbeitslose, die die Miete nicht bezahlt haben, weil sie sie nicht bezahlen konnten. Ihnen hat die saubere Hausbesitzerin gedroht, daß sie schon dafür Sorge tragen wird, daß sie auf die Straße kommen werden. Sie drohte öfters mit dem Einäschern des Hauses, was auch eingetreten ist.

Die Versicherungsgesellschaft hat von diesen zirkulierenden Gerüchten erfahren und erstattete bei der Polizei eine Anzeige. Die Polizei ist der Sache auf den Grund gegangen, hat die Mieter vernommen und dabei festgestellt, daß die Hausbesitzerin tatsächlich mit dem Einäschern des Hauses den Mietern gedroht hat. Jetzt nahm man die saubere Hausbesitzerin ins Verhör und hier stellte sich heraus, daß sie nicht nur mit dem Feuer den Mietern gedroht hat, sondern daß sie tatsächlich das Haus in Brand gesteckt hat, um die Mieter loszuwerden. Die Marie wurde eingesperrt und die Versicherungsgesellschaft hat auf ihr Vermögen die Hand gelegt.

Solche und ähnliche Fälle sind heute nicht selten und das kennzeichnet die heutigen Zustände, in welchen das Volk lebt und leidet. Wir verstehen ganz gut, daß die Hausbesitzer toben und sie haben nicht ganz unrecht, aber was sollen die Mieter sagen, die auch schuldlos dastehen und sich vergeblich um Arbeit bemühen? Die Hausbesitzer sollen mit den Mietern gegen die unhaltbaren Zustände kämpfen. Sie sollen eine Aenderung der heutigen Wirtschaftspolitik, die uns alle an den Bettelstab gebracht hat, verlangen. Jeder will die Miete bezahlen, aber er muß die Möglichkeit haben, die Miete bezahlen zu können und dafür müssen wir alle eintreten, einschließlich der Hausbesitzer.

Zwei Kohlengruben in Dombrowa Gornicza stillgelegt

Die Sosnowitzer Gesellschaft hat den Arbeitsinspektor verständigt, daß die Spolka am 12. März zwei Kohlengruben, Mortimer und Klimontow, stillegen wird. Auf den beiden Gruben sind 1600 Arbeiter beschäftigt, die entlassen werden. Die Regierung hat der Arbeiterdelegation versprochen, daß weitere Arbeiterreduktionen vermieden werden. Kaum, daß die Delegation aus Warschau zurückgekehrt ist, kam der Antrag auf Stillegung von zwei Gruben. Die Klimontowgrube wird ganz unter Wasser gesetzt, weil die Kohlenlager die Produktion unrentabel machen. Man treibt auch in Dombrowa Gornicza Raubbau und sind die Kohlenflöze nicht dick genug, dann lohnt sich die Produktion nicht mehr und die Grube wird unter Wasser gesetzt.

Deutscher Kulturbund für Polnisch-Schlesien t. z.

Der Deutsche Kulturbund veranstaltet am Mittwoch, den 8. März 1933, 8 Uhr abends, im Reitzensteinsaal einen Dichter-Abend mit Dr. Hans Grimm. Hans Grimm, der mit „Volk ohne Raum“ den wichtigsten deutschen Roman nach dem Kriege schuf, wird sprechen über den „Kampf um die Persönlichkeit“ und das biographische Stück „Ueber mich selbst“ lesen.

Eintrittskarten zu 2 Zloty (Sitzplatz) und 1 Zloty (Stehplatz) sind im Vorverkauf in der Buchhandlung der Kattowitzer Buchdruckerei u. Verlags-Sp. Akc und in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Kattowitz, ul. Marjacka 17, zu haben.

Wir bitten, den Vorverkauf in Anspruch zu nehmen, damit im Bedarfsfalle ein größerer Saal beschafft werden kann.

Sozialistische Jugendprobleme der Gegenwart

Eindrucksvolle Konferenz der D. S. J. P. Schlesien — Es geht vorwärts trotz Not und Arbeitslosigkeit Steigende Mitgliederzahl — Neue Ortsvereine — Der Ruf nach Schulung und Erkenntnis — Von der Wissenschaft zur Evolution, zur sozialistischen Wirtschaft, zum Sozialismus!

In der Reihe der unzähligen Sorgen der Gegenwart, steht das Schicksal der Jugendlichen an vorderster Stelle. Hart ist ihr Los, ohne Arbeit, ohne den Schwung und die Unbekümmertheit des jugendlichen Ueberschwanges, wie wir ihn früher erlebten. Doppelt groß ist die Verantwortung der sozialistischen Parteien, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Jugend zusammenzufassen und ihrem Leben Inhalt und Bestimmung zu geben. Und dies um so mehr, als es nicht nur gilt, vage Hoffnungen in den Jungen und Mädeln zu erwecken, sondern ihnen bewußt den Geist der Erkenntnis, den Geist der Menschheitsidee einzupflanzen, immer mit dem Hinweis, daß die proletarische Jugend, trotz aller Nöte der Gegenwart, trotz scheinbarer Aussichtslosigkeit auf irgend eine greifbare Aenderung, einmal dazu bestimmt ist, die Belange der Arbeiterklasse zu verteidigen und den Kampf, den die Alten begonnen, siegreich zu Ende zu führen.

Wenn sich deshalb Jugend zusammenfindet, um über die Probleme der Gegenwart zu beraten, so dürfen diese nicht ins Uferlose oder ins Kleinliche zerflattern, sondern sie muß mit beiden Füßen fest in der Wirklichkeit stehen und mit allem Ernst ihre Aufgaben betrachten und zu erfüllen versuchen, wie es ihr ihre historische Mission gebietet. In diesem Sinne bewegte sich die gestrige Konferenz der Arbeiterjugend von Polnisch-Schlesien, welche nicht nur von Erfolgen des vergangenen Geschäftsjahres berichten konnte, sondern auch manch neue Probleme brachte, welche Produkte der heutigen Zeit sind, wenn wir z. B. an das Arbeitslager denken. Allerlei Meinungen wurden im Laufe der Konferenz laut, die Kritik hielt nicht hinter dem Berge, was nur das Leben in den Reihen der Jugendlichen beweist, aus allem aber klang die Erkenntnis heraus, daß die Zeiten, wo Jugend nur zu Spiel und Tanz zusammenkam, vorbei sind und dem tiefen, politischen Denken und Wollen, Platz gemacht haben. In diesem Sinne bewegte sich auch das Referat des Genossen Kowoll, der in seiner bekannten Art anfeuernd, und kritisch genug, die Jugend auf ihren Weg des Kampfes um unser Ziel wies. Alles in allem, kann gesagt werden, daß die sozialistische Jugendbewegung in unserer Wojewodschaft nicht nur äußerliche Fortschritte macht, sondern innerlich gewachsen ist und die besten Hoffnungen aufkeimen läßt, daß die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei um ihren Nachwuchs nicht bedacht zu sein braucht, es ist alles im Fluß — wie der Redner sagte — die Jugend hat den richtigen Weg gefunden und dies in guter Zusammenarbeit mit der Partei und den anderen Organisationen der freien Arbeiterbewegung. Hoffentlich wird das neubegonnene Geschäftsjahr unserer Jugend weiteren Erfolg und neue Kräfte bringen!

Der Verlauf der Tagung

Eröffnung — Begrüßung.

Die Konferenz fand im schönen Eigenheim der Königshütter Arbeiterjugend statt und wurde um ½10 Uhr vom Genossen Alfred Kowalczyk, mit den üblichen Begrüßungsworten an Delegierte und Gäste, eröffnet. Dann wurde gemeinsam gesungen, worauf Genosse Piszcalka im Namen des Bielitzer Bezirks Grüße entbot und der Tagung einen vollen Erfolg wünschte. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Genossen Heinrich Klose und Rudi Kulpa gewählt. Dann verliest Genosse Alfred Klose das letzte Konferenzprotokoll, welches, abgesehen von einer kleinen Namensänderung, angenommen wird.

Der Weg der Jugend

Dieses Thema wird vom Genossen Kowoll recht ausführlich und bedeutungsvoll behandelt. Ausgehend von der revolutionären Sendung der Jugend, stellt Redner zunächst fest, daß die Lage der Welt heute noch wesentlich verschärfter ist, als bei der letzten Tagung. Deshalb muß die Frage „Wohin geht unser Weg“ unbedingt erörtert werden. Recht eingehend gelangt dann **das russische Problem** zur Beleuchtung, mit der Schlußfolgerung, **daß der Weg immer von den jeweiligen materialistischen Verhältnissen abhängt**, wie uns Karl Marx lehrte. Von dieser Voraussetzung aus muß auch die Hitlerbewegung betrachtet werden, über deren Auswirkung sich Redner ebenfalls äußert. Zweifelsohne, trotz scheinbarer Erfolge, wird, ohne Demokratie und ohne Marxismus in Deutschland, auch in ganz Europa keine Aenderung, kein Aufstieg, erfolgen. Für uns ist die **Grenzlandfrage äußerst wichtig, aber in einem anderen Sinne, wie sie die Nationalisten auslegen.** Es geht um die Kultur der Arbeiterklasse, und daran hat die Jugend ein Interesse. Wir in Polen müssen bemüht sein, alle Kräfte für unsere Idee zu sammeln, bei 13 sozialistischen Parteien müßte es möglich sein, eine eigene Internationale zu schaffen. Daher müssen wir auf die Führerschulung besonders großes Gewicht legen. Hierin unterscheidet sich die sozialistische Jugend wesentlich von der bürgerlichen Jugend, deren Moralbegriffe z. B. vom Recht auf Arbeit ganz andere sind. Wir sagen „Ubi ben ubi patria“ und betonen auch als Deutsche unser Recht auf Arbeit. Wie aber die gegenwärtige Krise es zeigt, ist wenig Aussicht auf die Rückführung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß vorhanden. Trotzalledem oder gerade deshalb, ist unser Ruf: **Wirtschaftliche und politische Schulung, Schulung eines jeden zum Führer, aber Wille zur Arbeit, zum Kampf selbst um den kleinsten Erfolg. Und aller Umsturz, jede Aenderung kann nur durch unseren Glauben, durch unseren Willen geschehen, und auch der Sozialismus!**

In der nun folgenden Diskussion sprach Genosse Siegert über die Sendung der Jugend, welche nicht mehr, wie früher, von Spiel und Tanz und Wandern redet, sondern ihre politischen Interessen sehr ernst nimmt und daher nach tiefgründiger Schulung und Ausbildung verlangt. Auch die Frage von 1918 wird aufgeworfen, wozu Genosse Kowoll dann erläuternd eingriff, indem er die historische Entwicklung des Revolutionsjahres in Betracht zieht.

Rechenschaftsberichte

Zunächst berichtet die Mandatsprüfungskommission, daß 49 Personen anwesend sind und zwar 31 Delegierte, 15 Gäste, darunter 3 von der Partei und 3 Bezirksvorstandsmitglieder. Vertreten sind die Ortschaften Kattowitz, Königshütte, Bismarckhütte, Schlesiengrube, Schwientochlowitz, Neudorf und Gäste aus Eichenau. Nun erstattet Genosse **Kowalczyk Alfred den Geschäftsbericht**, welcher, trotz aller Not und Krise, erfreulich ist. Die Mitgliederzahl verdoppelte sich in diesem Berichtsjahr, 3 neue Ortsgruppen sind erstanden, leider aber 2 eingegangen, infolge Raummangels und anderer örtlicher Mängel, nämlich Kostuchna und Myslowitz. Die Raumfrage spielt in allen Gruppen, mit Ausnahme von Königshütte, eine bedeutende Rolle und bildet oft den Grund zu Fehlschlägen. Im Ganzen weist der Bezirk folgende Veranstaltungen auf: 1 Konferenz größeren Stils, 2 ordentliche Vorstandssitzungen, mehrere Exekutivbesprechungen, 1 Mädelkursus mit 23 Teilnehmerinnen, 2 Sonnenwendfeiern, diesmal ohne Naturfreunde, kleiner, aber würdiger, 1 Bezirkstreffen in Murcki, Maifeiern an allen Orten, wo die Partei etwas veranstaltete, bei welcher Gelegenheit betont werden muß, daß die Bismarckhütter Jugend zwar eifrig geprobt hatte, aber dann plötzlich, durch die Absage der Feier, um die Aufführung kam, ferner eine Antikriegs- und Internationale Jugendtagveranstaltung in Königshütte, auch die Mitwirkung beim Deutschen Jugendtag in Panewnik, wo die Bürgerlichen in ihrer gewohnten Art unsere Jugend provozierten, desgleichen die Beteiligung an Darbietungen der Partei, Gewerkschaften und Kulturvereine, so daß die Jugend immer allerhand zu schaffen hatte. Auch mehrere Kurse fanden statt, so einer in Gleiwitz, momentan der Führerkursus vom „Bund für Arbeiterbildung“ und ein Kursus, zwecks Schulung fürs Arbeitslager. Werbeabende gab es allenthalben. Was aber zu bemängeln ist, das wären die vielfach fehlenden Berichte, wodurch eine genaue Uebersicht fehlt, was doch unerläßlich ist, wenn Fehler in der Bewegung verhindert werden sollen. Desgleichen müssen auch **die Gruppen in ihrer Arbeit einander unterstützen.** Wenn aber der Erfolg trotzdem zufriedenstellend war, so deshalb, weil **zwischen Jungen und Alten jetzt die Basis gefunden ist, die sie zusammenführt.** Dann folgte der Kassenbericht vom Genossen Pawellek, zu welchem Genosse Buczek lobende Worte findet, lediglich den Nachweis des Materials wünscht und für den Kassierer Entlastung beantragt.

In der Debatte forderte Genosse Kowoll zunächst, daß in Zukunft genauere Zahlen genannt werden, z. B. auch über die Vorträge usw. Die Genossen Kulpa und Berla-Kattowitz monieren verschiedene Versäumnisse, wie bei Kursen, wozu aber Genosse Morcinczyk erklärt, daß sich bedauerlicherweise aus Kattowitz niemand gemeldet hat. Genosse Gryszczyk fordert mehr **politische Aufklärung und Schulung für die Funktionäre,** besonders auch für die **Handhabung der Versammlungstechnik.** Ferner werden die Geschehnisse in Zawodzie, Neudorf und Schwientochlowitz erörtert, woran sich die Genossen Buczek, Mitrenga, Kowalczyk, Gawenda, Kowoll, Sowa und Weber beteiligen. Genosse Siegert stellt dann die Dinge von Schwientochlowitz ins rechte Licht. Genossin Kowoll regt die Mädelfrage insofern an, als die Mädel mehr Interesse für die Frauenbewegung zeigen mögen. In seinem Schlußwort dankt Genosse Kowalczyk allen, die gearbeitet haben und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die kleinen Mängel beseitigt werden.

Neuwahl des Vorstandes

Als Wahlleiter wird Genosse Kowoll einstimmig gewählt. Nachdem dem alten Vorstand die Entlastung erteilt wurde, schritt man zur Neuwahl, aus welcher folgende Genossen und Genossinnen hervorgingen: 1. Vorsitzender Genosse Siegert, nachdem Alfred Kowalczyk freiwillig auf seine Kandidatur verzichtete, 2. Vorsitzender Lipp-Schwientochlowitz, 1. Kassierer Gerhard Pawellek, 2. Kassierer Walter Berla-Kattowitz, 3. Beisitzerinnen, Mojchko-Neudorf, Korpus-Bismarckhütte, Koch-Kattowitz, 2 Revisoren: Buczek-Kattowitz und Morcinczyk-Königshütte.

Anträge und Verschiedenes

Schriftliche Anträge waren nicht eingegangen. Genosse Buczek brachte einen Dringlichkeitsantrag, zwecks Statutenbearbeitung, ein, wurde aber belehrt, daß damit lediglich der Bund zu tun hat. Genosse Siegert wies dann auf ein bevorstehendes Arbeitslager hin, an welchem sich die Jugend, nach Beschluß, beteiligen wird. Die Beschickung, resp. Auswahl der Delegierten, wird dem Vorstand überlassen. Desgleichen macht der Vorsitzende auf das Marx-Jahr aufmerksam, **jede Gruppe hat eine Marx-Feier zu veranstalten** oder sich an den Feiern der Partei usw. zu beteiligen. Die Maifeier ist ebenfalls in allen Gruppen ordentlich vorzubereiten. Genosse Gryszczyk gibt die **Werbeveranstaltung von Schlesiengrube am 17. April** bekannt. Dann schlägt Genosse Morcinczyk vor, für den Internationalen Jugendtag in Hamburg 1934 Sondermarken oder Sparbücher einzuführen. Genossin Kowoll wünscht intensivere Mitarbeit an der Jugendbeilage des „Volkswille“. Bis zum 10. eines jeden Monats müssen die Berichte einlaufen.

Dann folgte noch die Erledigung einiger interner Gruppenangelegenheiten, so daß die Konferenz nach 1 Uhr geschlossen werden konnte. Mit dem Ausklang unseres Kampfliedes „Brüder, zur Sonne“ gingen die Delegierten auseinander, um in ihren Ortschaften das Gehörte zu verwerten und im Jahre 1933 der Sozialistischen Jugend neue Kämpfer zu werben. Vorwärts denn zur Agitation!

Kattowitz und Umgebung

Noch einmal die Zustände in der Minderheitsschule in Eichenau.

Von deutschen Eltern erhalten wir noch folgende Einzelheiten zum Bericht. Trotzdem die deutschen Eltern dieselben Steuern zahlen, werden die deutschen Kinder dauernd benachteiligt. Vor einigen Tagen wurden in den Schulen aus öffentlichen Mitteln Strümpfe und Holzpantoffeln an arme Schulkinder verteilt. Wie sah die Verteilung aus? Für die Minderheitsschule, die über 100 Kinder zählt, hat der Schulleiter ein einziges Paar gegeben. Als ein anderes Kind von einem Arbeitslosen beim Schulleiter vorsprach und um ein Paar Pantoffeln bat, sagte der Schulleiter, daß er die Sachen für polnische Kinder hat. Als darauf der Vater des Kindes bei dem Schulleiter vorsprach, war die Rede vom Volksbund. Schließ-

lich erklärte er dem Vater, daß er mit niemandem zu verhandeln hat. Auch soll ihm niemand Vorschriften machen. — Mit der Kinderspeisung geschieht dasselbe. Für die Schulklasse, in welcher 48 Kinder sitzen und 18 davon Kinder von solchen Arbeitslosen sind, die überhaupt keine Unterstützung erhalten, gibt der Schulleiter nur zwei Semmeln und etwas Kaffee. In der polnischen Klasse wird Milch und Kakao verabfolgt. In der polnischen Klasse wurden solchen Kindern Pantoffeln und Stürmpfe gegeben, deren Eltern immer noch im Arbeitsverhältnis stehen. Wir fordern hier von der Schulabteilung der Wojewodschaft, daß in der Minderheitsschule Ordnung geschaffen wird, denn die Eltern lassen sich das nicht länger gefallen. *

24 Monate Gefängnis für einen Einbruchsdiebstahl. Am vergangenen Sonnabend verhandelte die Kattowitzer Strafkammer gegen den Kasimir Czerwik, Czeslaw Hmuzynski und Wladimir Chochalski aus Sosnowitz, welche am 13. Januar d. Js. zum Schaden der Familie Wrobel in Kattowitz einen Wohnungseinbruch verübten. Die Täter stahlen dort Weißwäsche und Herrengarderobe im Gesamtwerte von 1200 Zloty. Während es s. Zt. gelang, Chochalski am Tatort festzunehmen, wurden die beiden Komplizen erst 2 Stunden später hinter Schloß und Riegel gesetzt. Der größte Teil des Diebesguts wurde während der Wohnungsrevision beschlagnahmt. Vor Gericht machten die drei Angeklagten verschiedene Ausflüchte und wollten sich mit Ausnahme Chochalskis zur Tat nicht bekennen. Nach Vernehmung der geladenen Zeugen wurden die Beklagten für schuldig befunden und zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Chochalski wurde eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 4 Jahren gewährt, weil dieser bisher noch unbestraft gewesen ist.

Königshütte und Umgebung

Mitgliederversammlung der D. S. A. P.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei hielt am Freitag ihre fällige Mitgliederversammlung ab. Genosse Mazurek gab die Tagesordnung bekannt, die sich aus dem Verlesen des letzten Sitzungsprotokolls, Referat des Genossen Gorny „Faschismus und Kriegsgefahr“, Stadtverordnetenbericht, und Verschiedenes zusammensetzte. Referent führte unter anderem aus: Weil der Kapitalismus mit seiner Wirtschaftsordnung am Ende angelangt ist, hat er in letzter Stunde eine andere Form, den Faschismus gründen lassen und fördert ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Daß es auch heute soweit gekommen ist, liegt auch zum großen Teil daran, weil die parlamentarische Demokratie sich in der Arbeiterschaft noch nicht durchgerungen hat. Darum hängen Diktaturen ganz von der Bevölkerung ab. Hinzu kommt noch die Wirtschaftskrise und bereitet den Boden dem Faschismus vor. Durch die Unzufriedenheit fördert man die sogenannte „nationale Bewegung“, macht Versprechungen, die niemals in Erfüllung gehen werden. Redner behandelt die letzten Ereignisse in Deutschland und ihre Auswirkungen. Weil es die Sozialdemokratie verstanden hat, der Arbeiterschaft den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, den Abschluß von Tarifverträgen, Urlaub und vieles andere mehr zu erkämpfen, so soll dafür die Ausrottung des Marxismus erfolgen. Leider lassen sich Tausende und insbesondere die Jugend betören und jagen Phantomen nach. Die Erkenntnis wird über kurz oder lang kommen und wenn alles zerschlagen ist, wird man den Trümmerhaufen der Sozialdemokratie überlassen. In der darauffolgenden Aussprache beteiligten sich die Genossen Forytta, Mazurek, Schmidt und Otzel. Den Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung gab Genosse Mazurek. In der Aussprache wurde das beschämende Verhalten der Deutschen Wahlgemeinschaft, mit Ausnahme der Mitglieder der Deutschen Partei in der Beschlußfassung der Benennung der Volksschulen und der Ernennung des Feldbischofs Gawlina zum Ehrenbürger der Stadt verurteilt.

Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gemacht, daß die diesjährige Generalversammlung am Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr im Volkshaus stattfindet, ferner wurde auf die Karl Marxfeier am 12. März und den am Dienstag, den 28. Februar stattfindenden Leseabend der Arbeiterwohlfahrt und den Vortrag des Genossen Dr. Glücksmann hingewiesen. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 22 Uhr mit dem Gruß „Freundschaft“ die Sitzung.

Ein Opfer der Krise? Der Pächter des Kaffee Noher an der ulica 3-go Maja 7, Jakob Klappholz hatte seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Wie man hört, soll die Tat wegen dem schlechten Geschäftsgang und materieller Sorgen begangen worden sein. Die Leiche wurde in das Krankenhaus eingeliefert. k.

Ein neunjähriger Dieb. Vor einigen Wochen wurde die 7jährigen Elisabeth Makiola von der ulica Wandy 33, als sie von der Mutter in einen Kaufladen geschickt worden war, auf der Straße von einem Knaben belästigt, der einen Händel mit ihr anstiftete und im Verlauf dessen dem Mädchen 20 Zloty entwendete. Jetzt gelang es der Polizei den kleinen Taugenichts zu ermitteln. Es ist der 9 Jahre alte Alfred K. von der ulica Halupki 3, der die Tat eingestanden hat. Er soll andere ähnliche Taten auf dem Kerbholz haben. k.

Siemianowitz

Das Brot wird teurer. Die Roggenmehlpreise sind im Steigen begriffen. In den letzten Tagen ist das Brotmehl, welches 13 bis 14 Groschen pro Pfund kostete, auf 18 Groschen je Pfund gestiegen. Desgleichen gehen die Fleisch-, Speck- und Butterpreise in die Höhe. Und doch kommen die Industriellen mit ihren Lohnabbauplänen, weil die Lebenshaltungskosten gefallen sind. o.

Alles für die Arbeitslosen. Unsere Arbeitslosen erfreuen sich einer allgemeinen Fürsorge. Von Zeit zu Zeit werden sie mit einem neuen Arbeitslosenkomitee, einem Arbeitslosenverband oder Verein beglückt, welche auch eine „intensive“ Tätigkeit entfalten, Vorträge halten und viel versprechen. Alles, was den Arbeitslosen gegeben wird vom Arbeitslosenamt, ist natürlich ihr Verdienst. In diesen Tagen werden von der Arbeitslosenfürsorge wiederum verschiedene Gebrauchsgegenstände, wie Kohle, 290 Kilo Leder, 200 Paar Kinderschuhe und 60 Kilo Seife an die am meisten Bedürftigen ausgegeben. Es wäre daher vorteilhaft, wenn sich noch wenigstens ein Dutzend solcher Arbeitslosenkomitees auftun würden, dann könnten die Arbeitslosen bestimmt anständig leben. o.

Die Generalversammlung der Arbeitersterbekasse Ficinusschacht. Sonnabend nachmittags, um 2 Uhr, fand im Zechenhause der Laurahüttegrube die Generalversammlung der Sterbekasse statt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Materny. Hieraus war zu entnehmen, daß der Kassenbestand auf 61 000 Zloty angewachsen ist. Dies bedeutet einen Zuwachs von 12 000 Zloty. Die Ausgaben an Sterbegeldern und Geschäftsunkosten betrugen rund 20 000 Zloty. Die bisherigen Beiträge waren 0.75 Zloty für Erwachsene, 0.40 Zloty für Kinder bis zu 14 Jahren. Die Unterstützungssätze (Sterbegelder) betragen 600 Zloty für Mitglieder über 21 Jahre, 300 Zloty für Mitglieder von 14 bis 21 Jahren, 140 Zloty für Kinder von 6 bis 14 Jahren und 100 Zloty für Kinder unter 6 Jahren. In der Diskussion kam es zu erregten Debatten, weil das Geld in der Hausbesitzerbank angelegt ist. Einige Patrioten wollten sich dabei ins politische Gebiet begeben, was aber von der Belegschaft einmütig abgelehnt wurde. Auch wurde von den Mitgliedern ein genauer Kassenbericht verlangt. Die Revisionskommission gab hierauf Bericht, wonach sich die Belege in Ordnung befinden und die Abrechnung stimmt. Es wurde dem alten Vorstand Entlastung erteilt und zur Neuwahl geschritten. Dem Antrag eines Teiles der Versammlung, den alten Vorstand en bloc wieder zu wählen, wurde stattgegeben, trotzdem ein großer Prozentsatz damit nicht einverstanden war. Es kam deshalb zu stürmischen Auseinandersetzungen, die fast in Tätlichkeiten ausgeartet wären. Der neugewählte Vorstand schloß darum die Versammlung, ohne das der wichtigste Punkt, Anträge und Verschiedenes behandelt werden konnten. Es wird deshalb noch eine Versammlung einberufen werden müssen, da im letzten Punkte das wichtigste, die Festsetzung der Beiträge sowie der Unterstützungssätze beraten werden sollten. Die Mitglieder der Sterbekasse sind der Meinung, daß auf Grund des hohen Kassenbestandes eine Beitragsherabsetzung sowie eine Erhöhung des Sterbegeldes eintreten muß. —o.

Myslowitz

Aenderung im Vorstand der Ortskrankenkasse. Durch Entscheidung des Oberlandesversicherungsamtes wurde die Wahl der Arbeitgeber zum Vorstande der Ortskrankenkasse Myslowitz für ungültig erklärt. Es wird aus diesem Grunde eine Neuwahl des Vorstandes für die Arbeitgeber demnächst stattfinden. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Ausgabe von Mehlbons!) Von Mittwoch ab, findet wieder die Ausgabe von Mehlbons an alle Arbeitslosen statt, welche keine Unterstützung oder Pensionen erhalten, nach dem Alphabet wie üblich. Am Sonnabend erfolgt die Verteilung an die stellungslosen Kopfarbeiter. —s.

Bismarckhütte. (Betrifft Verkehrskarten!) Die Ausgabe, der zum Stempeln abgegebenen Verkehrskarten, erfolgt nur an Sonnabenden, in den Vormittagsstunden. Es werden noch bis zum 31. März Karten zum Stempeln entgegengenommen, bei Einrichung der Gebühr von 2 Zloty. —s.

Bismarckhütte. (Opferbereitschaft der Angestellten der Bismarckhütte.) Da die Not unter den Arbeitslosen immer mehr um sich greift, ja, diese zur Verzweiflung treibt, ohne das die Behörden diesen Zuständen das nötige Verständnis entgegenbringen, müssen sich die noch im Arbeitsverhältnis Stehenden der Opfer der kapitalistischen Krise annehmen, um sie nicht umkommen zu lassen. Sie beschlossen daher, an der am 10. Februar stattgefundenen Vollversammlung sich folgende Prozente von ihrem Einkommen in Abzug bringen zu lassen: Bei einer Gehaltshöhe von 300 Zloty 0.3 Prozent, 300—600 Zloty 0.7 Prozent, 600—1000 Zloty 1.7 Prozent, über 1000 Zloty 3 Prozent. Die Abzüge werden durch das Personalbüro getätigt und an das Komitee „Niesienia Pomoc Bezrobotnych“ in der Wojewodschaft abgeführt. Alle diejenigen Angestellten, die an der Vollversammlung nicht teilgenommen haben, und auch mit dem Abzug nicht einverstanden sind, haben bis zum 28. Februar, abends 6 Uhr, einen schriftlichen Antrag an das Personalbüro oder an den Vorsitzenden des Angestelltenrates einzureichen. Wir begrüßen die Opferwilligkeit der Angestellten der Bismarckhütte, müssen aber konstatieren, daß, je mehr die noch Arbeitenden die Arbeitslosen unterstützen, desto weniger Interesse die in Betracht kommenden Instanzen für die Opfer ihrer Wirtschaft zeigen. —s.

Bismarckhütte. (Einbruch am hellen Tage!) Am Dienstag ist auf der Moniuschki bei Wilczek in den Nachmittagsstunden ein Einbruch verübt worden, bei dem dem Dieb nur 3 Zloty in die Hände fielen, trotzdem die ganze Wohnung auf den Kopf gestellt wurde. Der Diebstahl konnte ungehindert ausgeführt werden, da sich die Besitzerin der Wohnung in der Kirche zum 40stündigen Gebet befand. —s.

Pleß und Umgebung

Dzieckowitz. (Eine Antwort, die man nicht wiederholen kann.) Wir haben schon einmal geschrieben, daß in Dzieckowitz ein Steinbruch eröffnet wurde. Trotzdem die Entlohnung eine miserable ist, reißen sich die Arbeitslosen um das bißchen Arbeit. Wie in anderen Ortschaften gibt es auch in Dzieckowitz eine große Zahl von Arbeitslosen, die keine Unterstützung beziehen. Als sie von der Arbeit im Steinbruch erfuhren, begaben sich einige von den Arbeitslustigen zum Amtsvorsteher nach Imielin und baten ihn, er möge sie zur Arbeit im Steinbruch befürworten. Sie kamen an die richtige Adresse, denn der Amtsvorsteher antwortete, daß er nur für bestimmte Arbeiter Arbeit habe. Als ihn die Arbeitslosen frugen, von was sie denn leben sollen, da sie doch keine Unterstützung erhalten und in der Arbeitslosenküche gibt es für sie auch kein Essen. Der Amtsvorsteher wies die Leute kurzerhand ab. *

Nikolai. (Kasernierung der Arbeitslosen?) Das Arbeitslosenamt hat eine Bekanntmachung angeschlagen, daß alle Arbeitslosen sich am 24. und 25. d. Mts. in den Dienststunden zu melden haben. Diese Bekanntmachung bezog sich auf jugendliche Arbeitslose von 17 bis 21 Jahren. Als sie sich meldeten, hat man ihnen gesagt, daß sie bei den durch die Regierung projektierten Arbeiten beschäftigt werden und sollen den „freiwilligen“ Arbeitskolonnen eingereiht werden. Das hat eine arge Mißstimmung bei den jungen Arbeitern hervorgerufen, denn sie wollen nicht unter Militärkommando arbeiten. Wer sich aber nicht fügt, dem wird die Arbeitslosenlegitimation entzogen. Wir sind wohl für die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter, lehnen aber ihre Kasernierung ab. —ero.

Nikolai. (Die Arbeiterhilfskasse „Zgoda“ soll aufgelöst werden.) In der Fabrik Büschel haben die Arbeiter aus eigener Initiative eine Hilfskasse errichtet und bei jeder Lohnzahlung freiwillig Beiträge gezahlt. Im Krankheitsfalle erhielten die Mitglieder eine Unterstützung. Die Kasse griff auch bedürftigen Mitgliedern unter die Arme und zahlte 300 Zloty Begräbnisbeihilfe an die Hinterbliebenen nach dem Tode eines verstorbenen Mitgliedes aus. Die Kasse funktionierte gut und weist einen Barbestand von 12 000 Zloty aus. Inzwischen ist die Wirtschaftskrise eingerissen und die Belegschaft in der Fabrik Büschel sank von 800 auf 100 Mann. Die neuen Arbeitgeber wollen die Fabrik ganz stillegen. Was soll nun mit der Hilfskasse „Zgoda“ geschehen. Der Vorstand, der sich aus Mitgliedern der Berufsvereinigung zusammensetzt, will die Kasse auflösen. Aber wie soll das Geld verteilt werden? In der nächsten Generalversammlung soll darüber entschieden werden. Auf den Beschluß sind alle neugierig. ero.

Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

17)

Er war ernstlich um ihren Zustand besorgt und legte sich aufs Bitten. Aber sie wies ihn zurück und schritt aufrecht nach ihrer Garderobe, um sich für ihre Nummer vorzubereiten.

Als die Vorstellung ihren Anfang nahm, saß der braungebrannte Herr wieder in der Loge.

Vor einer Stunde hatte ihm der Schiffsjunge, den er ins Hotel gesandt, Kittys Schreiben gebracht, dessen Inhalt es aber doch nicht vermocht hatte, ihn zu einem kampflosen Verzichten zu bewegen.

Morgen sollte die „Florence“ die Anker lichten, um mit dem Kurs auf Plymouth abzudampfen. Er mußte vorher mit ihr gesprochen haben…

Es war ein Brief voll von bitteren Selbstvorwürfen gewesen, den er ihr geschrieben… ein Brief, in dem er sich selbst seiner damaligen Handlungsweise wegen verdammte. „Wie ein Kind habe ich gehandelt, wie ein trotziges, gekränktes, eigensinniges Kind,“ lautete es an einer Stelle. „Heute verstehe ich es nicht, wie ich dich aufgeben konnte, Kitty, glaub mir: Ich liebe dich, inniger wie zuvor und frage heute nicht mehr nach meinen Eltern, wenn es sich um mein eigenes Lebensglück handelt.“ Und zum Schluß hatte er sie für den Abend um eine Aussprache gebeten.

Ein kategorisches „Ich will dich nicht wiedersehen!“ war ihre Antwort gewesen…

Aber aus Abner Collin, dem schwankenden Jüngling von damals, war ein Mann geworden, der sein Ziel nicht kampflos aufgab. Noch einmal hatte er sich von seinem Kapitän, der überdies sein Onkel war, Urlaub geben lassen und war zum „Taylor-Zirkus“ geeilt.

Und nun saß er wieder in der Loge, voller Ungeduld den Augenblick herbeisehnend, in dem das Glockenzeichen ertönte, das Kitty Alphonsens Auftreten anzukünden pflegte.

Als die Kunstreiterin in der Manege erschien, von frenetischem Beifall begrüßt, ging ihm ein Stich durchs Herz.

Ihr Aussehen erschreckte ihn. Ihre Augen lagen tief in den Höhlen. Gar bald erkannte er die Unsicherheit, mit der die Frau seines Herzens auf dem Pferde saß und ihre altgewohnten Tricks ausführte.

Und noch einer verfolgte Kitty Alphonsens Bewegungen mit stetig wachsender Besorgnis. Fred Robber, der hinter dem Vorhang stand und jeden Augenblick das Geschehen einer Katastrophe fürchtete.

Es geschah wie durch ein Wunder nichts. Die Kunstreiterin beendete ihre Darbietungen und ritt aus der Manege. An den Stallungen aber sank sie halb ohnmächtig zusammen.

Fred sorgte dafür, daß sich zwei Mädchen ihrer annahmen. Direktor Dickson hatte der Szene von Ferne zugesehen und kam nun näher.

„Was hat die Kleine?“

Fred berichtete von dem Ueberfall, ohne aber Abner Collin zu erwähnen. „Die Geschichte wird sie mitgenommen haben,“ meinte er, „aber es wird schon wieder besser werden.“

Dickson schüttelte den Kopf und ging weiter, während Fred in seine Garderobe eilte, um sich seinerseits für sein Auftreten, das stets den zweiten Programmteil zu beenden pflegte, vorzubereiten.

Abner Collin verließ nicht, wie er es an den vorhergehenden Abenden getan hatt, nach Kittys Auftreten den Zirkus. Morgen ging sein Schiff, morgen war es zu spät. Er mußte heute mit ihr sprechen.

Sein Versuch, bis in ihre Garderobe vorzustoßen, scheiterte jedoch.

So versuchte er es auf andere Weise.

Er schrieb ein kurzes Billett, kaufte im Foyer wundervolle Rosen und schickte einen der Bediensteten zu der Kunstreiterin.

Fieberhaft wartete er auf die Antwort.

Würde sie ihm die erbetene Unterredung gewähren?

Die Ungewißheit fraß wie Feuer an seinen Nerven. Wenn er sich zur Ruhe zwingen wollte und krampfhaft dem jeweils auftretenden Artisten zuschaute, glaubte er, der Bedienstete könne bereits mit der Antwort im Foyer warten. So lief er wieder nach dort, aber es war umsonst.

Erst nach einer halben Stunde kam der Mann wieder.

Er brachte einen Brief.

„Ich will nicht!“

Diese drei Worte waren das einzige, was er enthielt. Keine Begründung, keine Anrede, keine Unterschrift.

„Ich will nicht!“

Abner Collins Herz krampfte sich zusammen. Er schloß die Augen und zitterte wie im Fieber „Ich will nicht!“ dröhnte es ihm in die Ohren. „Ich will nicht! Will nicht!“

Ohne recht zu wissen, daß er das tat, ging er zur Loge zurück und starrte geistesabwesend zur Kuppel hinauf, in der sich ein mit schwarzem Trikot bekleideter Mann auf schwankendem Trapez halsbrecherisch betätigte.

Aber Collin sah ihn kaum. Morgen ging sein Schiff. Morgen mußte er fort von hier.

Was tun?

Das Blut kreiste siedendheiß durch seine Adern. „Sie liebt dich nicht mehr!“ schrie eine Stimme in seiner Brust. Doch eine andere antwortete: „Nein, Trotz hält sie gefangen!“

Der Mann in der Loge stöhnte auf. Sein Atem ging keuchend und stoßweise, während seine Pulse in wildem Rhythmus hämmerten.

In diesem Augenblick wußte er, daß sein Leben ohne sie leer und öde sein würde, daß ihn nichts anderes als ihr Besitz glücklich machen konnte.

Er sprang auf. Sie weigerte sich, ihn anzuhören. Weigerte sich, weil Trotz und Stolz ihre wahren Gefühle unterdrückten!

Durfte er das geschehen lassen?

War es nicht seine Pflicht in beiderseitigem Interesse, daß er sie zu einer Aussprache zwang?

Eine dumpfe Entschlossenheit bemächtigte sich seiner. Er stand noch einige Augenblicke, vor sich hinbrütend, dann stürmte er aus der Loge — just, als Fred Robber hoch oben sein Spiel mit dem Tode beendete und in die Manege hinabkam…

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Den Czumas geht es gut.

Der Krakauer „Naprzod“ berichtet folgendes: Vor dem Tribunal des Krakauer Kreisgerichtes wurde die im vergangenen Jahre abgebrochene Verhandlung gegen Andreas Czuma Agitator der B. B., welcher am 24. Juni 1932 auf dem Bahnhof in Szczakowa einen Arbeiter namens Karl Pocztowski niederschlug, so daß er auf den Betonfußboden mit dem Kopfe aufschlug und infolgedessen in zwei Tagen starb, wieder aufgenommen. Ueber diesen Vorfall haben wir seinerzeit schon berichtet. Nach der Zeugenvornahme und beendeter Rede des Staatsanwalts, sowie der beiden Verteidiger, verkündete das Tribunal folgendes Urteil: Andreas Czuma wird zu 1 Jahre Kerker verurteilt. Durch die Amnestie werden sechs Monate geschenkt. Die Abbüßung der Strafe entfällt, weil dem Verurteilten eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt wurde.

Ueber dieses Urteil lächelte befriedigt Czuma und nahm die Gratulationen der polnischen Faschisten entgegen. Die nach dem durch Czuma erschlagenen Pocztowski hinterbliebenen Witwe mit ihren Kindern muß jetzt bittere Not leiden. Das Gericht hat ihr bloß die Begräbniskosten zuerkannt. Die Forderung nach Auszahlung einer entsprechenden Rente zur Erhaltung der Kinder lehnte das Gericht ab. Echt faschistisch!

Zur Orientierung teilen wir unseren Lesern mit, daß dieser Czuma Andreas, der den Arbeitermord am Gewissen hat, vor etlichen Jahren Sekretär der chemischen Arbeiter in Czechowitz war. Dieser einst geachtete Mensch ist jetzt so tief gesunken, daß er von einem Kommunisten zu einem Faschisten und Arbeitermörder herabgesunken ist. Solche charakterlose Egoisten, welche sich für Geld jederzeit verkaufen und mit der Gesinnung wechseln, wie mit einem beschmutzten Hemd, das sind die größten Schädiger der Arbeiterbewegung.

Vor solchen zweifelhaften Elementen muß die Arbeiterklasse bewahrt werden.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 23. d. Mts., drangen unbekannte Täter in den beim Schießhauspark gelegenen Trafikkiosk des Gawlowski ein, wobei sie das an der Tür befindliche Gitter wegrissen und die Tür gewaltsam öffneten. Die Einbrecher entwendeten verschiedene Tabakwaren im Gesamtwerte von 4—500 Zloty. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Polnische Vorstellung. (Operngastspiel des Krakauer Theaters „Hoffmanns Erzählungen“, v. J. Offenbach.) In einer musikalisch und darstellerisch gleich sorgfältig vorbereiteten Aufführung brachte das Krakauer Ensemble vor vollem Hause dieses schwierige Werk heraus und verzeichnete einen schönen Erfolg. In der weiblichen Hauptrolle brillierte Ada Sari durch ihre große Gesangstechnik und die erstaunliche schauspielerische Auswertung ihrer Gestalten. In Szymonowicz lernte man einen Tenor kennen, dessen Stimme bei ökonomischer Einteilung sehr modulationsfähig und angenehm ist. Schauspielerisch bietet er nicht viel mehr als Routine. Eindrucksvoll weiß Karanek seine dämonischen Rollen zu gestalten und auseinderzuhalten. Sein gut fundierter Bariton, in allen Lagen ausgeglichen, verfügt über dramatische Wucht. Bescheidener sind die Stimmittel des Frl. Wisniewska, welches als Nikolaus auch darstellerisch nicht überzeugen konnte. Sehr gut charakterisiert die Dienertypen Wozniaks, auf beachtenswerter gesanglicher Höhe Kruszewski als Vater und Wirt, befriedigend in kleineren Partien Frl. Pastowna sowie die Herren Ksionzkiewicz und Wolak. Der Chor verrät zwar nicht reiches Stimmaterial, singt jedoch sehr exakt und mit guter Einfühlung. Die Regie Stepmowskis geht keine neuen Wege und begnügt sich mit erprobten traditionellen Lösungen der szenischen Aufgaben. Das Orchester unter der Stabführung Dir. Walewskis verläßlich und gediegen. H. R.

In Golleschau wurde auf die Arbeitslosen geschossen.

Am Donnerstag, den 23. Februar kam es in Golleschau zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitslosen, wobei sechs Arbeiter verletzt wurden, davon einer sehr schwer. Von der Polizei sind drei Mann verletzt davon einer ebenfalls schwer.

Der Tatbestand ist folgender: Die Arbeiter der Golleschauer Zementfabrik wurden infolge der Wirtschaftskrise ebenfalls fortwährend abgebaut. Zudem wurde in der letzten Zeit das Arbeitslosenversicherungsgesetz noch verschlechtert, so daß diese Abgebauten ohne Unterstützung dastehen. Dieses verschlechterte Gesetz wird aber von den verschiedenen Aemtern noch schlecht ausgelegt. Nach dem Wortlaut des Gesetzes muß ein Arbeiter 156 Tage durchgearbeitet haben, bis er Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben kann. Da aber infolge Arbeitsmangel die Arbeiter anstatt 8 Stunden täglich nur 6 Stunden gearbeitet haben, will man ihnen die Unterstützung streitig machen, obwohl sie die vorgeschriebenen 156 Tage durchgearbeitet haben. Diese Angelegenheit wurde der Berufungskommission zur Begutachtung vorgelegt, welche ebenfalls zugunsten der Arbeitslosen entschied. Nun sollte eine vom Verband der chemischen Arbeiter einberufene Versammlung zu dieser Frage Stellung nehmen. Da die Stimmung unter der Arbeiterschaft infolge dieser Umstände eine erregte ist, verbot die Bezirkshauptmannschaft die Abhaltung dieser Versammlung. Da die Arbeiter von dem Versammlungsverbot nichts wußten, strömten alle zum Versammlungslokal. Es kamen auch Arbeiter aus Ustron und den umliegenden Gemeinden, so daß die Zahl der Versammelten über 1000 betrug. Als die Arbeiter erfuhren, daß die Versammlung verboten war, zogen sie demonstrativ zum Fabrikgebäude und wollten von der Fabrikkanzlei aus nach Warschau wegen der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung telephonieren. Trotz der Befürwortung der Berufungskommission hat die Katowitzer Behörde die Auszahlung verweigert. Die Entscheidung liegt jetzt in Warschau.

Die Arbeiter warteten daher vor dem Fabriktor auf die Antwort. Inzwischen wurde die Teschner Polizei verständigt, die in einem Autobus von Teschen angefahren kam. Die Polizei beging die Taktlosigkeit, daß sie in die auf der Straße dicht gedrängt stehenden Arbeiter rücksichtslos hineinfuhr, was eine große Empörung unter der Arbeiterschaft auslöste. Bald darauf kam es zu Konflikten mit der Polizei, die in Tätlichkeiten ausarteten. Die Arbeier verlangten die Entfernung der Polizei, welche aber nichts anderes zu tun wußte, als in die Arbeiter hineinzuschießen. Die traurige Folge davon war, daß sechs Arbeiter verletzt wurden. Außerdem wurden gegen 20 Verhaftungen vorgenommen. Der übrige Teil der Versammelten wurde auseinandergejagt. Die Polizei blieb Sieger, aber das Elend unter den Arbeitslosen bleibt auch weiter.

Ob es zu diesen Tumulten gekommen wäre, wenn die Versammlung nicht verboten worden wäre, ist kaum anzunehmen. Die Behauptungen der bürgerlichen Blätter, daß aus den Reihen der Arbeiter zwei Schüsse gefallen seien, beruht nicht auf Wahrheit. Würden die Arbeiter ihre Unterstützungen oder Arbeit erhalten, dann hätten sich diese Vorfälle überhaupt nicht ereignet.

Akademie der Feiglinge.

Unter diesem Titel berichtet die „Arbeiter-Zeitung“ über die Stellungnahme der deutschen Dichterakademie (die Abteilung Dichtkunst der Akademischen Künste) zu dem Austritt ihres bisherigen Präsidenten Heinrich Mann. In der Aussprache sei man übereingekommen, den Streitfall ganz unpolitisch behandeln zu wollen. Es werde kein weiteres Mitglied der Dichterakademie seinen Austritt erklären. Einstimmig sei eine Erklärung angenommen worden, die Heinrich Mann den herzlichen Dank für seine Verdienste um die Akademie ausspricht. Diese Erklärung sei dem Präsidenten der Akademie der Künste, Professor v. Schillings, zugeleitet worden. Und dazu schreibt nun die „Arbeiter-Zeitung“:

Wenn diese Meldung richtig ist — und man kann an ihrer Richtigkeit nicht zweifeln, denn außer Thomas Mann hat kein einziger deutscher Dichter ein Wort des Protestes gegen die Knechtung des deutschen Geistes durch das faschistische Banausentum gefunden —, so hat sich die lebende deutsche Dichtergeneration für alle Zeiten mit Schimpf und Schande bedeckt. Der Präsident der Dichterakademie wird von einem hergelaufenen Reichskommissar aus der Akademie hinausgeworfen, weil er eine Kundgebung für die Einheit des Proletariats unterzeichnet hat. Und die Mitglieder der Akademie erklären, diesen frechen Uebergriff als ganz unpolitischen „Streitfall“ behandeln zu wollen. Man könnte diese Feigheit nicht einmal dann verzeihen, wenn in der Dichterakademie lauter arme Teufel säßen, die um ihren Erwerb zittern. Aber unter ihnen sind angesehene Schriftsteller, die aus ihrer literarischen Tätigkeit reiche Einkünfte beziehen. Nicht aus Not kuschen sie, sondern um sich mit den Herrschenden zu verhalten. In der ganzen deutschen Geistesgeschichte — selbst nicht im Weltkrieg, als sich deutsche Wissenschaft und deutsche Dichtkunst patriotisch prostituierten — findet sich kein Beispiel solcher Schmach. Es ist fast genau ein Jahrhundert her, daß der König von Hannover die Verfassung seines Landes gebrochen hat. Damals fanden sich an der kleinen Göttinger Universität sieben Professoren, unter ihnen die Brüder Grimm, die Amt und Würden hinwarfen und gegen den Verfassungsbruch protestierten. Die Verfassungsbrüche, die heute in Deutschland an der Tagesordnung sind, nehmen die bürgerlichen Vertreter der deutschen Geistigkeit stumm hin. Und wenn ihnen ein hakenkreuzlerischer Psychopath ins Gesicht spuckt, so sagen sie, es war unpolitisch. Damit werden sie ihre Pfründen retten. Ihre Ehre haben sie verloren.

Das Thema.

Der Chefredakteur einer großen Neuyorker Zeitung bekam von Zeit zu Zeit kurze, sehr geschickt geschriebene Artikel zugesandt. Der unbekannte Verfasser schrieb über nächtliche Feuersbrünste, kurze Frauenröcke, die verübten Selbstmorde. Etwas war an diesen Berichten eigentümlich, und der erfahrene Zeitungsmann ließ endlich den Autor kommen. Es erschien ein junger, einfach gekleideter Bursche, irgendeiner aus der großen Masse. Der Chefredakteur war mit dieser Begegnung sehr zufrieden.

„Junger Mann,“ sagt er, „Sie kommen mit dem Volk in Berührung, Sie gehen mit dem Publikum, Sie hören, wovon die Straße spricht. Sie repräsentieren sozusagen die breite Oeffentlichkeit und Ihre eigenen Gedanken und Interessen sind Spiegelbilder der Interessen Ihrer Mitmenschen. Schreiben Sie uns darüber, was Sie heutzutage am stärksten interessiert. Politik? Welche? Der Sozialismus? Wenn ja, für oder gegen Moskau? Wie stehen Sie zu Mussolini? Oder vielleicht Sport? Oder vielleicht sogar religiöse Probleme?“

Der junge Mann dachte eine Weile nach.

„Was mich am meisten interessiert,“ antwortete er: „Auf welche Weise transportiert man ein Piano zum 25. Stockwerk hinauf? Der Fahrstuhl ist doch zu klein... Also wie macht man es wohl?“

Der alte, erfahrene Zeitungsmann war eine Minute lang sprachlos. Dann sagte er mit matter Stimme:

„Gut. Schreiben Sie darüber.“

Der Artikel erschien und erregte sofort allgemeine Aufmerksamkeit. Bald war der Verfasser ein gemachter Mann und ein anerkannter Schriftsteller. Heute gilt er als einer der gründlichsten Kenner des amerikanischen Volkes.

„Wo die Pflicht ruft!“

Alexanderfeld. (Für die Naturfreunde.) Am Montag, 27. Februar, findet um ½8 Uhr abends, im Arbeiterheim Alexanderfeld die fällige Vorstandssitzung statt. Nachdem äußerst wichtige Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, wird um bestimmtes Erscheinen ersucht.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Bielsko. Vorstandssitzung: Donnerstag, den 2. März, findet um 7 Uhr abends, im Vereinslokale, Restauration „Tivoli“, eine Vorstandssitzung statt. Da dieselbe die letzte vor der General-Versammlung ist, werden sämtliche Vorstandsmitglieder ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Obmann.

Demonstrationsversammlung! Genossinnen und Genossen! Physische und geistige Arbeiter! Am Sonntag, den 5. März l. J., um 10 Uhr vorm., wird die gesamte Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung und gänzliche Beseitigung der Sozialgesetzgebung sowie auch gegen Schaffung eines neuen Gesetzes, demonstrieren. — Zu diesem Zwecke findet an diesem Tage auf der Schießstätte in Bielsko eine große Demonstrationsversammlung statt. Hoch der Sozialismus und die internationale Solidarität! Die Kreisgewerkschaftskommission von Bielitz-Biala und Umgebung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Bielsko. Samstag, den 4. März, findet um 7 Uhr abends, im großen Saale der Arbeiterheimes ein Lichtbildervortrag über die Beskiden, Tatra und Fatra, des Herrn Ing. John statt. Da dieser Vortrag einen sehr interessanten Verlauf verspricht, ist es im Interesse der Mitglieder, oder solcher, die es werden wollen, diesen Vortrag zahlreich zu besuchen. — Eintritt: Freie Spenden. Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

Textilarbeiterverband in Polen, Ortsgruppe Bielsko. Genannte Ortsgruppe hält am Montag, den 6. März, um ½5 Uhr nachm. im großen Saale des Arbeiterheimes in Bielsko ihre ordentliche Generalversammlung mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Verlesung des Protokolls der letzten ordentlichen Generalversammlung. 2. Berichte: a) des Kassierers, b) der Revisoren, c) des Sekretariats. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Organisationsfragen. 5. Allfälliges zu welcher die Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Mit Rücksicht auf das neue Vereinsgesetz, haben nur jene Mitglieder Zutritt zur Generalversammlung, welche sich mit der Verbandslegitimation ausweisen können. Die Verbandslegitimatonen werden den Mitgliedern vor der Generalversammlung im kleinen Saale ausgeteilt werden. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht

Der Vorstand.



Der Harz — ein schönes deutsches Wintersportgebiet

Ein kleiner Querschnitt durch den Harz, der immer mehr als Wintersportgebiet bevorzugt wird: (von links) Schlittenfahrt durch den winterlichen Bergwald — Rodeln im Harz — im Brockengebiet — im Skilaufparadies des Harzes — Rodelschlangenfahrt.

Wie die Krise auf den amerikanischen Arbeiter wirkt

Fenner Brockway, der Führer der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der anläßlich der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten eine Versammlungstour abhielt, meinte bei einer dieser Reden vor den Amerikanern sarkastisch: „Ihr seid viel tüchtiger als wir. Ihr habt es zustande gebracht, es in zwei Jahren auf zwölf Millionen Arbeitslose zu bringen, wir in England haben vierzehn Jahre gebraucht, um zu einem ähnlichen Prozentverhältnis zu kommen.“ Diese der üblichen Ironie des Engländers gegenüber dem großen amerikanischen Bruder entspringende Bemerkung kennzeichnet die Situation, um die es sich handelt, ganz ausgezeichnet. Die Arbeitslosigkeit hat zunächst 120 Millionen Menschen, die in den Staaten wohnen, und von rund 40 Millionen Arbeitern und Angestellten, die in guten Jahren in den Staaten beschäftigt waren, zwölf Millionen erfaßt. Prozentual ist das außerordentlich viel. Das heißt, prozentual ungefähr ebenso viele amerikanische wie deutsche Arbeiter sind derzeit aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, fast soviel wie in England. Allerdings beruht die Arbeitslosenzahl von zwölf Millionen nur auf Berechnungen und Schätzungen, da weder die Beschäftigten noch die Unbeschäftigten bis jetzt in den Staaten registriert wurden. Aber man weiß von den Fürsorgestellen der Stadt Neuyork mit ihren 6.9 Millionen Einwohnern, daß dort allein 1¼ Millionen erwerbslos sind, in Chikago mit mehr als drei Millionen Einwohnern gibt es 600 000 Arbeitslose.

Nach den Berichten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes waren im Dezember 1932 34 Prozent seiner Gesamtmitglieder arbeitslos, von den Bauarbeitern 69, von den Metallarbeitern 47, von den Buchdruckern 20 Prozent. Dazu kommen noch die Lohnsenkungen und die Kurzarbeit. Die wenigsten in Gang befindlichen Industrien arbeiten voll. Gut beschäftigt sind zum Beispiel die chemischen und die Lebensmittelindustrien. Der Lohndruck ist infolge der Krise außerordentlich stark. Die Gewerkschaften schätzen das gesamte Lohneinkommen der Arbeiter im letzten Jahre der Prosperität 1929, auf 53 Milliarden, im letzten Jahre nur noch auf 28 Milliarden, also um 47 Prozent weniger. Nun ist es richtig, daß in dieser Zeit auf dem Weltmarkt ein großer Preissturz in Industrie- und Agrarprodukten zu verzeichnen war. Man kann immer wieder in Amerika jetzt hören, daß der Lohndollar daher um 20 Prozent mehr wert ist als vor drei Jahren. Tatsächlich sind die Kosten der Lebenshaltung von 1929, = 100 gesetzt, auf 80.5 im Jahre 1932 gesunken. Man kann auch im täglichen Leben diese Erfahrung bestätigt finden, daß sich die Verbilligung allgemein durchgesetzt hat. Wenn man in einem amerikanischen Hotel vor einigen Jahren 2 Dollar für ein Zimmer zahlen mußte, so kostet es jetzt 1.50 oder 1.75 Dollar, eine Mahlzeit statt 50 Cent 40 Cent, ein Sitzplatz in einem Großkino statt 1 Dollar 75 Cent. Nur die Eisenbahnen haben ihre sehr hohen Tarife nicht herabgesetzt; man zahlt nach wie vor für eine Fahrt von vierundzwanzig Stunden etwa 30 Dollar. Die Folge davon ist der außerordentlich schlechte Geschäftsgang im Personen- und Frachtgeschäft, der Abbau von etwa 500 000 Eisenbahnern in den letzten Jahren und die Abwanderung des fahrenden Publikums zu Autobussen und billigen Kraftwagen. — Der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter war, wenigstens im großen Durchschnitt, stets etwas höher als der Arbeiterstandard in Europa, obwohl er manchmal überschätzt wurde. Nach einer Erhebung der amerikanischen Regierung, die kürzlich veröffentlicht wurde, hatten in der Zeit der Prosperität 80 Prozent der Arbeiter elektrisches Lich, 70 Prozent Badezimmer, 35 Prozent eigene Häuser, 34 Prozent Radios — dieser Prozentsatz dürfte natürlich jetzt trotz der Krise gestiegen sein —, 40 Prozent Telephon und elektrische Staubsauger und angeblich 75 Prozent Autos. Diese Zahl muß einigermaßen angezweifelt werden; hier dürfte zum Teil offizielle Schönfärberei mitgewirken.

In der Krise wird natürlich zuerst der Wagen eingestellt oder, wenn es möglich ist, verkauft. Das ist allerdings in Amerika bei minderwertigen Wagen, die schon abgebraucht sind, heute kaum noch möglich. Man kann gebrauchte Wagen schon um 40 bis 50 Dollar kaufen. Mit den eigenen Häusern der Arbeiter steht es so, daß die eigentlichen Hausherren nicht die Arbeiter, sondern die Hypothekenbanken sind, denen statt des Mietzinses eben die Hypothekenzinsen gezahlt werden müssen, die Zinsen machen 20 bis 30 Prozent des Arbeitereinkommens aus. Wenn der Mieter arbeitslos wird, läßt ihn die Bank erbarmungslos delogieren. Die Behauptungen von dem hohen Standard haben sich aber immer nur auf die industriellen Zentren des Ostens und des Mittelwestens bezogen. Aber abseits von diesen Zentren hat es immer Gebiete und Branchen mit beispiellos niedrigen Löhnen gegeben. In den letzten Jahren sind nun einzelne Industrien, insbesondere der Textilbranche, den billigen Löhnen nachgewandert. So sind beispielsweise massenhaft Textilfabriken aus Neu-England — das sind die Provinzen nördlich von Neuyork — nach dem Süden gezogen, wo bisher die Tabakindustrie und der Baumwollplantagenbau die einzigen, und zwar außerordentlich schlecht zahlenden Erwerbszweige waren. In Georgien, Nord- und Südkarolina werden in diesen Industrien auch heute Wochenlöhne von 5 bis 12 Dollar gezahlt, während die Nachtsetzer einer Neuyorker Zeitung 1.60 Dollar in der Stunde und organisierte Maurer noch mehr bekommen. Nicht weniger als 300 000 Textilarbeiter leben heute im Süden der Staaten unter geradezu entsetzlichen Verhältnissen, wie sich der Schreiber dieser Zahlen persönlich überzeugen konnte. Das Aussehen und der Gesundheitszustand dieser Arbeitsmenschen im Süden ist unbeschreiblich und steht in vollkommenem Widerspruch zu den ruhmredigen Deklamationen Hoovers in der Wahlkampagne, daß der amerikanische Arbeiter der bestbezahlte, bestgenährte, bestgekleidete der Welt sei.

Die politische Wirkung der Krise auf die Arbeiterschaft ist allerdings völlig anders als in europäischen Ländern mit politisch geschulter Arbeiterschaft. Wohl wurde Hoovers Prophezeiung, daß die Konjunktur schon hinter der nächsten Ecke warte, einer der meist verlachten Aussprüche in der amerikanischen Politik. Und Lächerlichkeit tötet auch in den Vereinigten Staaten. So hat der republikanische Kandidat, der das letztemal eine überwältigende Mehrheit hatte, nur 14 Millionen Stimmen erhalten, der demokratische Kandidat Roosevelt siegte mit 22 Millionen Stimmen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hat demokratisch gewählt, obwohl sich die beiden großen Parteien in ihrem Wahlprogramm fast gar nicht voneinander unterscheiden. Die Sozialisten brachten es nur auf etwa 880 000 Stimmen, die Kommunisten gar nur auf etwa 40 000 Stimmen. Der amerikanische Arbeiter ist eben auch durch die Krise politisch nicht radikalisiert, ja nicht einmal der Arbeitslose ist es, denn sonst hätte doch die riesige Arbeitslosigkeit bei den Präsidentenwahlen andere Wirkungen haben müssen.

Die Erklärung liegt darin, daß die Krise eben erst zwei Jahre dauert und der Arbeiter eigentlich in einem viel höheren Maße als die sogenannten Wirtschaftsführer des heutigen Amerika noch immer „prosperitätsgläubig“ ist. Ueber die Stimmung der Arbeitslosen gibt eine Aeußerung am besten eine richtige Vorstellung, die der Direktor des Chikagoer Obdachlosenasyls über die Besucher seines Heims in seinen letzten Bericht aufgenommen hat. „Die meisten Leute in den Asylen zeigen eine realistische Auffassung ihrer Lage und betrachten sie mit Ruhe. Sie schieben die Verantwortung für ihr Schicksal nicht auf jemand andern. Daß sie Wohltätigkeit annehmen müssen, ist eine demütigende und befremdende Erfahrung in ihrem Leben. Sie betrachten sich noch immer als Mitglieder ihrer früheren Gesellschaftsschicht. Sie haben reale Pläne für ihre Zukunft. Sie kämpfen täglich um Arbeit und um Verbesserung ihrer Lage, sie lehnen es ab, als Wohltätigkeitsbummler bezeichnet zu werden. Andere wieder sind entmutigt und verbittert.“

Nun geschieht allerdings für die amerikanischen Arbeitslosen an Fürsorgeleistungen viel mehr, als hier in Europa bekannt ist. In der Stadt Neuyork wird allein im laufenden Jahre ein Betrag von 75 Millionen Dollar ausgegeben. Staaten wie Illinois oder Ohio, im Mittelwesten, mit etwa sechs Millionen Einwohnern, geben je an die 50 Millionen Dollar aus. Insgesamt geben selbst die Gewerkschaften zu, daß mehr als 500 Millionen Dollar an Fürsorgemitteln aufgewendet werden, davon — was in Europa gleichfalls wenig bekannt ist — in den letzten Jahren bereits 69 Prozent aus öffentlichen und nur 31 Prozent aus privaten Mitteln. Mit der Veteranenfürsorge, die auch eine Art allerdings grotesker und patriotisch maskierter Arbeitslosenfürsorge ist, wirft Amerika für seine Arbeitslosen im Jahre 1½ bis 1¾ Milliarden Dollar aus. —

Gerade wegen dieser großen und sicher unzweckmäßigen Art der Fürsorge für die Erwerbslosen macht sich in den Staaten eine wachsende Bewegung zur Einführung der bisher vielverlästerten Arbeitslosenversicherung nach europäischem Muster geltend. Wisconsin mit 2½ Millionen Einwohnern hat sie bereits eingeführt, in anderen Staaten mit zusammen 25 Millionen Einwohnern liegen sehr ernst zu nehmende Gesetzprojekte vor, die möglicherweise noch im Jahre 1933 beschlossen werden. Die demokratische Partei hat sich in ihrem Wahlprogramm für staatliche obligatorische Versicherung der Arbeitslosen ausgesprochen, und auch die konservativen amerikanischen Gewerkschaften sind nach schweren inneren Kämpfen auf ihrem letzten Kongreß im November 1932 zur Forderung nach staatlichen Arbeitslosenversicherung gelangt. So bringt die Krise die beiden großen Kontinente einander vielfach näher.

Fritz Rager.

Schuld daran ist der Kaiser Probus, daß der Ignaz Baptist 20 Schilling zahlen muß

Der Ignaz Baptist aus Eisenstadt hat sein Leben lang gewiß nichts vom Kaiser Probus gehört. Und trotzdem wird er seinetwegen bestraft. Das kommt Ihnen komisch vor? Mir nicht. Denn mir hat der Genosse Dr. Leser, der als Landeshauptmannsstellvertreter in dem schönen Regierungsgebäude in Eisenstadt sitzt und regiert, vom römischen Kaiser Probus erzählt, und so sind mir die Zusammenhänge klar geworden. Ihnen nicht? Also passen Sie auf!

Eine römische Provinz — Burgenland.

Das war in der Zeit, als die Römer frech geworden. Sie hatten nicht genug an Italien und Kleinasien und der Balkan- und afrikanischen Küste, und auch nach dem Norden zogen sie. Unter der Führung des Kaisers Probus kamen sie auch in diese Gegend, die wir jetzt Burgenland nennen und die damals ein Teil der römischen Provinz Pannonien wurde. Es war ein schönes Land. Hügelig lag es unter der milden Sonne, und der Neusiedler See, von dem wir nicht genau wissen, wie tief oder wie nicht tief er damals war, spielte mit glucksend kleinen Wellen Meerersatz. Der Kaiser Probus aber kannte seine Legionäre. Er wußte, daß erobern schön ist für einen römischen Soldaten und kämpfen, aber was so ein richtiger Legionär ist, der will saufen. Und das Land war gut und die Sonne brannte warm und stet, beinahe wie zu Hause in Latium. Wozu also das geliebte Getränk mühselig in Ziegenschläuchen hertransportieren? Die Eisenbahn fuhr damals noch nicht und auch nicht der Autobus der österreichischen Postverwaltung. Der Kaiser Probus pflanzte die ersten Reben in der Provinz Pannonia.

Eigentlich kann man das nicht in paar Zeilen schreiben, wie die Geschichte weiterging. Völkerwanderung, Kriege, immer wieder andere Herrschaft und geduldige, stille Menschen, die ihren Wein bauten, im Krieg wie im Frieden, den Wein, der stark und süß unter der pannonischen Sonne wuchs.

Machen wir einen ganz großen Sprung. Bis zum Ignaz Baptist, der heute in Eisenstadt lebt.

Abfahrt vom Schillerplatz, Wien.

Nicht ganz zwei Stunden fährt der Autobus vom Schillerplatz in Wien bis nach Eisenstadt. Das Rauchen ist im Wageninnern verboten, aber der Chauffeur ist ein netter Mensch, der schaut sich nicht um, und so kann man zwischen den freundlichen Wolken einer Zigarette auf die Landschaft sehen, die vorbeiläuft. Das ist falsch. Man sitzt im Autobus und der lauft vorbei an den Wiesen und Feldern, an den kleinen Häusern, an einem Wirtshaus, vor dem ein alter Mann sitzt und das gegorene Naß langsam auf der Zunge zergehen läßt. In Ebreichsdorf ist drei Minuten Aufenthalt. Auf irgendeiner Gedenksäule langweilen sich ein paar steinerne Heilige, ein Fräulein und ein paar Herren. Der Chauffeur verschwindet für eine Weile im Gasthof und dann geht es weiter. — „Was machen Sie in Eisenstadt?“ fragt ein leutseliger Herr. „Sie schauen nicht so aus, als ob Sie dort Familie hätten.“ — Ich weiß nicht, wieso ich nicht so aussehe, aber das ist schließlich egal.

Und dann: Eisenstadt.

Das ist eine kleine, alte Stadt, beherrscht vom Schlosse derer von Esterhazy, einem Fürstengeschlecht, das es sich leisten konnte, einen Mann, der Musik machte, anzustellen und in Livree herumlaufen zu lassen. Der Mann hieß Josef Haydn.

Die alten Häuser sind niedrig. Parterre, höchstens ein Stock. Wirtshäuser sind viele da und Keller, in denen der Wein in riesigen Fässern lagert. Aber neben der alten Stadt, in ihr und um sie wächst die neue. Ihr strahlendes Symbol: das schöne, moderne Riesenhaus, in dem die Landesregierung untergebracht ist. Nichts vom dumpfen Geruch sonstiger „öffentlicher Gebäude“. Hell und groß steht es da. Eine Halle, sonnendurchflutet. Breite, moderne Treppen, große Räume. Von einem breiten Balkon sieht man auf die Beamtensiedlung. Moderne Häuser, deren Stil an den der Wiener Gemeindebauten gemahnt. Eine Beamtin erzählt, daß die Wohnungen, die mehr als zwei Räume haben, Badezimmer haben, und etwa fünfzig Schilling im Monat kosten. Es sind sehr schöne Wohnungen, modern, hygienisch, gesund. Das neue Eisenstadt. „Es ist viel alte Kultur da“, sagt Genosse Leser, „nur haben die Ungarn eine ungeheure Schmutzschicht wachsen lassen. Die müssen wir abkratzen...“

Brot und Wein.

Wenn man es genau bedenkt: Der vielbesungene, vielgepriesene Wein, er ist ja doch nichts anderes als ausgepreßter Obstsaft, gegoren, verfault, ungesund. Es ist nichts weniger als gut, ihn zu trinken. Säuferleben, Delirium tremens. Aber für die Menschen dort bedeutet er Brot, ist er die Ware, die sie erzeugen und verkaufen, die ihnen erst die Möglichkeit zu leben gibt. Ich habe mit einem burgenländischen Weinbauer gesprochen, einem alten Genossen, der selbst keinen Tropfen trinkt. „Es wäre mir lieber, ich könnte was anderes verkaufen als das Gift“, hat er gesagt. „Mein einen Buam hat's packt. Ruiniert hat er sich mit der Sauferei. Abr was soll i tuan? Es is mei Brot.“ Das hat sich der Kaiser Probus wahrscheinlich nicht so vorgestellt.

Die Geschichte des Ignaz Baptist.

Und jetzt kommen wir endlich zum Ignaz Baptist, an dessen Malheur der Kaiser Probus schuld ist.

Der Ignaz Baptist ist ein Maurer. Und er hat gesoffen. Und als er besoffen war, da hat er einem Wachebeamten seine Meinung gesagt, die mit dem Götzzitat geendet hat.

„Haben Sie es gesagt?“ fragt der Richter den Ignaz Baptist, der wegen Wachebeleidigung angeklagt wurde.

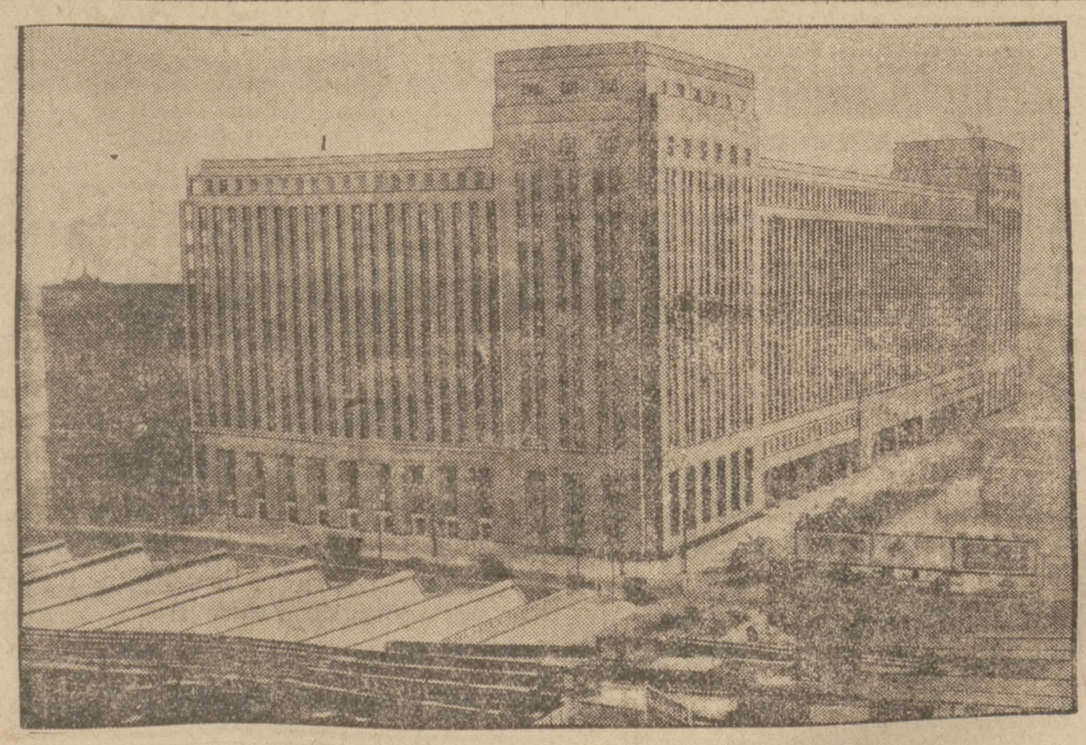
„Ich kann mich nicht erinnern,“ gesteht der Mann. „Der Heurige ist so stark.“ Aber das hat ihm nichts geholfen. Er muß zwanzig Schilling Strafe zahlen für seine Missetat. Oder vierundzwanzig Stunden sitzen.

Und daran ist der Kaiser Probus schuld.

Denn ohne ihn — — —

Ja, da wüchse jetzt vielleicht Korn auf den Hügeln des Burgenlandes statt Wein, oder vielleicht wäre da eine gigantische Fremdenverkehrsindustrie oder vielleicht gäbe es nur Erdäpfel...

Sebastian.



Das größte Postamt der Welt

Der gewaltige Mammut-Bau des neuen Postamts in Chicago, das mit einer Länge von 240 Metern, einer Breite von 107 Metern und einer Höhe von 61 Metern das größte Postamt der Welt darstellt. Es hat bei einer Bauzeit von 18 Monaten 90 Millionen Mark gekostet und ist so zweckmäßig eingerichtet, daß es in einer Stunde 1 200 000 Briefe bewältigen kann.

Marxismus und Eigentum

Von J. P. Mayer.

Zu den beliebtesten „Einwendungen" gegen den marxistischen Sozialismus gehört die Behauptung: Der Marxismus wolle das Eigentum abschaffen, um die Faulen mit dem Arbeitsertrag der Tätigen zu beschenken. Dieser Einwand geht jedoch an der Stellung des Marxismus zum Eigentumsproblem völlig vorbei. Man muß aber einsehen, daß die klare Fassung des Eigentumproblems vor allem für gewisse Gruppen der Mittelschichten von größter Bedeutung ist. Der Schuhmacher, der Friseur, der Gemüseladenbesitzer, der Kleinbauer, sie alle wollen ja keineswegs „sozialisiert" werden, sie wehren sich voller Haß gegen den angeblich eigentumsfeindlichen Marxismus.

Wie steht nun in Wahrheit der Marxismus zum Eigentum? Wir wollen nicht schlechthin und allgemein enteignen, sondern der Privatbesitz an Produktionsmitteln soll vergesellschaftet, d. h. in Allgemeinbesitz, in den Besitz aller überführt werden.

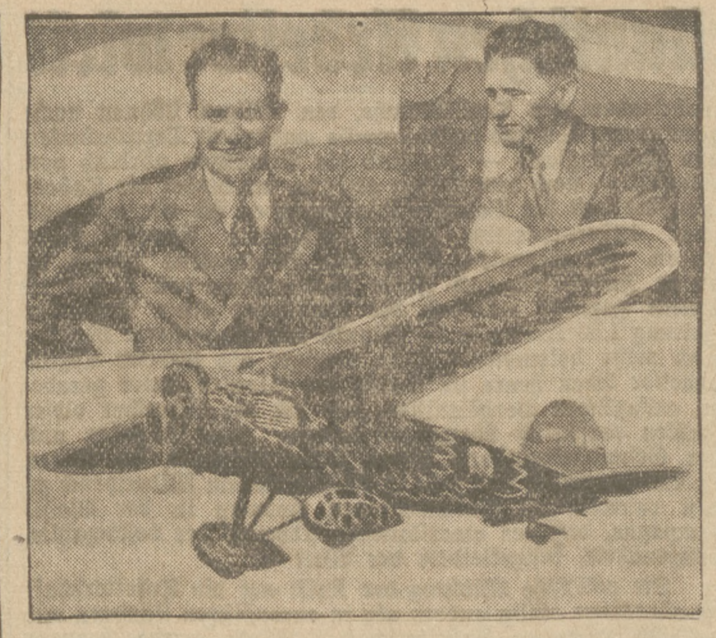
Ehe wir uns aber diesen Satz verständlich machen, müssen wir uns den geschichtlichen Prozeß der Konzentration der Produktionsmittel in Erinnerung bringen. Marx hat diesen Prozeß im 24. Kapitel des „Kapital" eindrucksvoll beschrieben: „Das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Bedingung des Kleinbetriebes, der Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Entwicklung des Arbeiters selbst. Allerdings existiert diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderen Abhängigkeitsverhältnissen. Aber sie blüht nur, schnellt nur ihre ganze Energie, erobert nur die ihr angemessene klassische Form, wo der Arbeiter freier Privateigentümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Instruments, worauf er als Virtuose spielt. Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Wie die Konzentration der letzteren, so schließt sie auch die Kooperation, Teilung der Arbeit innerhalb desselben Produktionsprozesses, gesellschaftliche Beherrschung und Regelung der Natur, freie Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus. Sie ist nur verträglich mit engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft ... Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eigenen Vernichtung zur Welt. Von diesem Augenblick regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesellschaftsschoße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihrer Vernichtung, die die Verwandlung der industriellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation (Enteignung) der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals."

Die Konzentration der Produktionsmittel ist demnach ein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung. An die Stelle des mittelalterlichen Handwerkers, der mit seinen Produktionsmitteln gleichsam verwachsen war, ist der moderne Industriearbeiter getreten, der von jedem Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen ist und nur über seine Arbeitskraft verfügt, die jede bodenständige Bindung verloren hat und zur Ware geworden ist. Die kapitalistische Entwicklung treibt aber weiter: „Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt." Die Produktionsmittelbesitzer werden enteignet, d. h. die Produktionsmittel (Bergwerke, Fabriken, Großgrundbesitz, Kapitalien usw.) gehen in das Eigentum der organisierten Gemeinschaft über.

Damit wird jedoch das Privateigentum des Arbeiters nicht wiederherstellt, „wohl aber (so heißt es in diesem Zusammenhang bei Marx) das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Aera, der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel". Marx unterscheidet also offenbar ganz ausdrücklich zwischen Privateigentum (an Produktionsmitteln) und individuellem Eigentum: von dem letzteren sagt er ausdrücklich, daß es wiederhergestellt werden soll. Der Marxismus ist also keineswegs eigentumsfeindlich, sondern er will dem Arbeiter, der bisher nur über seine Arbeitskraft als Eigentum verfügen konnte, wieder zu individuellem Eigentum verhelfen. Die Arbeitskraft des ausgebeuteten, zur Ware erniedrigten Arbeiters wird zum Ausdruck seiner individuellen Person, deren freier Gestaltung er sich nunmehr im Rahmen der Gemeinschaft widmen kann.

Allein dies ist der Sinn der „Enteignung", wie sie Marx verstanden wissen will. Da heute nicht nur der Industriearbeiter, sondern auch die Massenheere der Angestellten und kleinen Beamten von den Produktionsmitteln getrennt sind, gilt für sie die gleiche Gesetzlichkeit. Da sie aber stärker an Eigentumsvorstellungen gebunden sind, ist für diese Schichten die Herausstellung des positiven Verhältnisses von Marx zum Eigentum von besonderer Bedeutung.

Es kann also bei der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht daran gedacht werden, den Friseurladen oder die kleine Flickschusterei zu sozialisieren, so wenig wie die Marxisten daran denken, dem kleinen Bauern die berühmte „letzte Kuh" aus dem Stall zu holen. In bezug auf das Kleinbauerntum wird man sich begnügen, die individuell wirtschaftenden Betriebe, unter Berücksichtigung jahrhundertealter Traditionen, in genossenschaftliche Formen zu überführen. So schreibt Engels im Jahre 1894 (Neue Zeit, Jahrgang 13, 1, S. 301) ff.): „Wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, (werden) wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern auch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauern Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen." Wie Engels hier im engsten Anschluß an Marx das Kleinbauernproblem in ein positives Bild einer sozialistischen Wirtschaftsordnung einordnet, so muß dies für jede gesellschaftliche Schicht vorgenommen werden. Nur dann können diese Schichten für den marxistischen Sozialismus gewonnen werden.



Die amerikanischen Weltrundflieger Griffin u. Mattern wollen ihren Rekordversuch wiederholen

Oben: Bennett Griffin (links) und James Mattern. Unten: Das wieder hergestellte Flugzeug „Jahrhundert des Fortschritts" mit seiner auffälligen Bemalung. — Die amerikanischen Flieger Griffin und Mattern, die vor einem Jahr einen Weltrundflug antraten, aber in Westrußland notlanden mußten, wobei ihre Maschine zu Bruch ging, wollen jetzt ihren Rekordversuch wiederholen. Ihr Flugzeug hat eine seltsame „Kriegsbemalung" erhalten, die ein wenig an die Glückslinien der Indianer erinnert.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12,20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Dienstag, den 28. Februar.

15,35: Vortrag. 15,50: Kinderfunk. 16,05: Musikalisches Zwischenspiel. 16,20: Schulfunk. 16,40: Vortrag. 17: Konzert. 18: Schulfunk. 18,25: Leichte Musik. 19: Skimeisterschaften in Innsbruck. 19,15: Verschiedenes. 19,25: Sport. 19,30: Musikalisches Feuilleton. 19,45: Presse. 20: Heitere Stunde. 21,05: Musik. 22: Literatur. 22,20: Tanzmusik auf Schallplatten. 23: „Fastnacht".

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

?,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Dienstag, den 28. Februar.

10,10: Schulfunk. 11,30: Für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert. 15,45: Kinderfunk. 16,10: Konzert. 16,35: Gesänge aus der Oper „Siegfried". 17: Das Buch des Tages. 17,20: Vorlesung. 17,50: Politische Reden. 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 19: Ein Lebensbild des Generalfeldmarschalls von Schlesien. 19,30: Politische Zeitungsschau. 20: Kehraus! 22,05: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,20: Fastnacht auf dem Lande. 22,45: Aus München: Faschingskehraus.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Siemianowitz. Am Montag, den 27. Februar, abends um 6 Uhr, findet im Lokal Kozdon die fällige Generalversammlung statt. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referent: Genosse Matzke.

Kostuchna. Am Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, findet bei Krause die Genralversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint der Gen. Matzke. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Maschinisten und Heizer.

Nikolai. (Generalversammlung.) Am Sonntag, den 5. März, vorm. 10 Uhr, findet im bekannten Lokal unsere Generalversammlung statt. Jeder Teilnehmer bringe sein Mitgliedsbuch unbedingt mit.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, findet bei Brzezina der Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent: Lehrer Böse.

Kattowitz. Am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels der fällige Vortrag statt.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akt., Katowice.

